Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 267. Donnerstag den 15. November. 1849.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

I. Kammer. 65. Sitzung vom 13. Novbr.
Anfang 10½ Uhr.
Präsident: v. Auerswald.

Am Ministertisch: v. Brandenburg, v. Manteuffel, Simons, v. Strotha.

Aus der zweiten Kammer sind einige der dort erledigten Vorlagen eingegangen. Die Kammer geht zur Berathung des seinem Inhalte nach schon früher von uns mitgetheilten Jagdpolizei-Gesetzes über. Die Kommission hat dasselbe durch ihren Berichterstatter Herrn v. Schaper mit einigen Modificationen zur Annahme empfohlen. Von den Abgeordneten sind zahlreiche Verbesserungsvorschläge eingereicht, von denen der radikalste dem Grafen York angehört. Dieser will den ganzen Gesetzentwurf an die Kommission zurück verwiesen wissen, um ihn nach folgenden Grundsätzen neu zu fassen: „Die Feldmark einer jeden Gemeinde bildet einen Jagd-Bezirk. Jeder Jagd-Bezirk wird an einen einzelnen Pächter öffentlich meistbietend und auf bestimmte Zeit verpachtet. Das Pachtgeld empfängt die Obrigkeit jeder Gemeinde und vertheilt dasselbe unter alle Grundbesitzer nach Maßgabe ihres Besitzes. Für jede Beschädigung durch Ausübung der Jagd ist der Pächter allein dem Staate und den Privaten verantwortlich. Pächter kann Jeder sein, der zur Führung der Waffen durch das Gesetz berechtigt wird.

Minister des Innern: Das Jagdgesetz vom 31. Oktober v. J. hat das Rechtsbewußtsein im Volke verletzt und daher das von der Regierung vorgelegte Gesetz allgemeinen Anklang gefunden. Das jetzige Ministerium mußte sich die Frage vorlegen: ob die Rechtsverletzungen des Gesetzes vom 31. Oktbr. v. J. vollständig gehoben werden könnten? Die Frage muß verneint werden. Von einer Herstellung der früheren Zustände konnte nicht mehr die Rede sein; es handelte sich nur darum, den durch das Gesetz vom 31. Oktober v. J. hervorgerufenen Mißständen, die im westlichen Theile des Staates mehr, als im östlichen hervorgetreten sind, zu begegnen. Dennoch sind die Nachtheile sehr bedeutend, und ich könnte eine Reihe von Fällen dafür anführen. Es ist keine Frage, daß das bewilligte Recht durch die Art der Ausübung selbst vernichtet worden ist, z. B. in der Nähe von Stettin. Noch wichtiger erachte ich den Einfluß auf die Moralität des Volkes. Es wird keinem Zweifel unterliegen, daß das Gesetz im Interesse der öffentlichen Sicherheit, der Moralität und selbst aus national-ökonomischen Rücksichten aufgehoben werden muß. Das Ministerium erkennt das Streben nach unbeschränkter Verfügung über das Grundeigenthum an; aber es hat auch die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des Gesetzes durch die Erfahrung gewonnen. Das vorliegende Gesetz enthält zugleich die Verordnung vom 17. April 1830, die sich in der Rhein-Provinz bewährt hat. Daher mögen Sie sich dem Gesetze anschließen. Gegen das Amendement habe ich Bedenken, da es weiter geht, als es nothwendig ist; ich erkläre mich daher gegen dasselbe.

v. Zander erklärt sich für das neue Gesetz, wenigstens prinzipiell.

Martins: Die Regierung ist mit der Nationalversammlung bei Abfassung des Gesetzes, das bestimmte Prinzipien aussprach, einverstanden gewesen. Das jetzige Gesetz konnte nur als eine Ergänzung des Gesetzes vom 31. Oktober betrachtet werden, da jenes Gesetz noch nicht aufgehoben worden und das gegenwärtige Gesetz seine Aufhebung auf nicht aussprach, wohl aber seine Prinzipien vollkommen beseitigte. Diese Gesetzgebungspolitik begreife ich nicht. Wir wollen keine systematische Opposition, wir halten ein Jagdpolizei-Gesetz für nothwendig, ein Gesetz zur Ergänzung des vom 31. Oktober v. J.; aber die Wiederherstellung der für den kleinen Grundbesitzer trostlosen alten Zeit wollen wir nicht und werden um deshalb das Gesetz im Ganzen und Einzelnen verwerfen und für kein Amendement stimmen. In Betreff des Gesetzes vom 17. April 1830 ist bereits von einem Mitgliede der Nationalversammlung glänzend gezeigt worden, daß nur die Grundbesitzer, die über 300 Morgen besitzen, damit zufrieden waren, die große Mehrzahl der weniger Besitzenden war es nicht. (Bravo.)

Minister des Innern will nicht weiter auf die Vorschläge des Vorredners eingehen und bemerkt, daß die letztangeführte Meinung jenes Mitgliedes der Nationalversammlung eine einzelne persönliche sei.

v. Schleinitz spricht für den vorliegenden Gesetz-Entwurf.

Graf York v. Wartenburg motivirt seinen Verbesserungs-Antrag und will möglichste Erleichterung der Ausübung der Jagdpolizei, ohne neue Vorrechte zu verleihen.

v. Gerlach ist erfreut, von dem Minister des Innern die Anerkennung der Verwerflichkeit des Gesetzes vom 31. Oktober v. J. gehört zu haben und erklärt sich für das vorliegende Gesetz, aber gegen die Motivirung, wie sie Seitens der Kommission geschehen. Im Verlauf der Rede variirt der Abg. das ihm so geläufige Thema von der Revolution, der „Kopfzahlwahl des Hrn. Camphausen" u. s. w.

Bornemann will weder für, noch gegen das vorliegende Gesetz, sondern allein über die Geschichte des Gesetzes vom 31. Oktober v. J. reden, da er zu persönlicher Rechtfertigung darüber aufgefordert worden sei.

v. Gaffron für die Gesetz-Vorlage, namentlich vom national-ökonomischen Standpunkte und gegen jede Entschädigung.

v. Bernuth stellt und motivirt den Antrag, den Gesetz-Entwurf mit den Amendements nochmals an die Kommission zu verweisen und die Debatte zu vertagen.

Der Antrag wird unterstützt und zur Debatte gestellt.

v. Manteuffel spricht gegen den Antrag des Abgeordneten v. Bernuth, desgleichen der Referent, weil man über acht Tage dieselben Amendements haben würde.

Der Antrag wird abgelehnt.

Wachler will nicht untersuchen, ob das Gesetz vom 31. Oktober v. J. ein so großer national-ökonomischer Fehler oder ein so großes Unrecht sei; es kommt blos darauf an, ob ein Jagd-Polizei-Gesetz nothwendig. Es erscheint nothwendig, ein solches Gesetz zu haben.

v. Manteuffel: Es muß von dieser Stelle ausgesprochen werden, daß es der National-Versammlung nicht darauf ankam, das Grundeigenthum zu befreien, sondern die bewaffnete Revolution zu organisiren. Der Redner wird sehr eifrig gegen die Emissäre, die auf dem Lande zur Bewaffnung aufgefordert haben.

Ritter: Das Gesetz vom 31. Oktober v. J. ist ein fait accompli, eine Sünde des Volkes und es kommt darauf an, aus der Sünde wieder zurückzukehren, und dazu giebt das vorgelegte Gesetz uns Gelegenheit.

vom Rath für das Gesetz vom Standpunkte der Moralität.

Die Debatte wird geschlossen und der Berichterstatter kritisirt mehrere vorgekommene Behauptungen und erklärt sich überall gegen das Gesetz vom 31. Oktober 1848.

Eine Aeußerung Kiskers ruft eine Entgegnung des Abgeordneten v. Manteuffel hervor.

Das Amendement York wird einstimmig verworfen.

Man geht zur speziellen Diskussion über. Bericht über § 1 wird verlesen.

v. Schleinitz stellt das Amendement: die Worte des § 1 „aus Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit und den Schutz der Feldfrüchte" zu streichen.

Wird unterstützt.

Bei der Abstimmung wird § 1 nach dem Antrage v. Schleinitz angenommen und lautet demnach: „Die Ausübung des einem jeden Grundbesitzer auf seinem Grund und Boden zustehenden Jagdrechts wird nachstehenden Bestimmungen unterworfen."

§ 2. Verschiedene Amendements erhalten Unterstützung. — Der Minister des Innern erklärt sich mit dem Amendement des Abg. v. Bianco einverstanden.

v. Schleinitz, v. Kathen und v. Bianco sprechen zur Begründung ihrer eingebrachten Verbesserungs-Anträge.

v. Bassewitz spricht über mehrere Grundsätze des Entwurfs. — Der Minister des Innern verwahrt sich gegen die Annahme, als wolle man hinterrücks den Berechtigten die Entschädigung zufließen lassen.

Graf Hertefeld bringt ein Amendement ein, erhält aber keine Unterstützung; desgl. ein Amendement vom Grafen York. — v. Ammon verbreitet sich des Weiteren über § 2 a und b und will ad a Annahme des Amendements Bianco, ad b die des seinigen.

Nach vielseitigen Bemerkungen erfolgt die Abstimmung. Die Einleitung des § 2 wird angenommen; ferner das Amendement Bianco (zu § 2 a) und der Commissions-Vorschlag bei § 2 b und c. Demnach lautet § 2 wie folgt:

„Zur eigenen Ausübung des Jagdrechts auf seinem Grund und Boden ist der Besitzer nur befugt:

a) auf solchen Besitzungen, welche in einem Gemeindebezirke oder in mehreren an einander grenzenden Gemeindebezirken einen land- oder forstwirthschaftlich benutzten Flächenraum von wenigstens 300 Morgen einnehmen und in ihrem Zusammenhange durch kein fremdes Grundstück unterbrochen sind; die Trennung, welche Wege und Gewässer bilden, wird als eine Unterbrechung des Zusammenhangs nicht angesehen;

b) auf allen dauernd und vollständig eingefriedeten Grundstücken; darüber, was für dauernd und vollständig eingefriedigt zu erachten, entscheidet der Landrath;

c) auf Seen, auf zur Fischerei eingerichteten Teichen und auf solchen Inseln, welche ein Besitzthum bilden."

§ 3 wird unverändert angenommen. — Zu § 4 2. Satz wurden die Amendements gestellt und angenommen: 1) v. Ammon: an Stelle von „Gemeindevorstände" zu setzen „Gemeindebehörde", und 2) von Limburg-Styrum Zusatz: „deren jedoch keiner (Jagdbezirk) eine geringere Fläche als 300 Morgen umfassen darf." Satz 1 u. 3 werden nach der Regierungs-Vorlage, Satz 4 nach dem Kommissions-Vorschlage angenommen und lautet: „die Beschlüsse über alle dergl. Abänderungen der Jagdbezirke sind jedoch stets auf mindestens 3 und auf höchstens 12 Jahre gültig." Von § 5 wird nach kurzer Debatte nur Satz 1 der Reg.-Vorlage angenommen, dagegen Satz 2 und der Kommissions-Entwurf abgelehnt. — (Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung am 14ten d. M. 10 Uhr, zur Fortsetzung der Berathung des Jagd-Polizei-Gesetzes.)

Berlin, 13. November. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem General der Kavalerie und Minister-Präsidenten Grafen v. Brandenburg und dem General der Kavalerie v. Wrangel den schwarzen Adlerorden zu verleihen; den seitherigen Landrath Hisgen zu Wittlich, im Regierungsbezirk Trier, zum Regierungsrath zu ernennen, und dem Protonotarius bei dem Appellationsgerichte in Stettin, Kriminalrath Zitelmann, bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als geheimer Kanzleirath zu verleihen.

Se. königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz ist auf Schloß Sanssouci eingetroffen.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4ten Klasse 100ster königl. Klassen-Lotterie fiel der zweite Hauptgewinn von 100,000 Rthlr. auf Nr. 83,037 in Berlin bei Grack; 1 Gewinn von 5000 Rthlr. auf Nr. 78,538 nach Wesel bei Westermann; 3 Gewinne zu 2000 Rthlr. fielen auf Nr. 18,559. 23,114 und 24,989 nach Grünberg bei Hellwig, Nordhausen bei Bach und auf 1 nicht abgesetztes Loos; 41 Gewinne zu 1000 Rthlr. auf Nr. 5971. 7358. 9752. 19,300. 20,177. 21,187. 21,207. 25,165. 25,917. 30,065. 30,958. 32,035. 33,654. 34,520. 34,743. 34,788. 35,007. 38,228. 41,008. 42,155. 44,995. 46,631. 46,698. 51,543, 54,796. 55,052. 60,125. 60,333, 61,897. 63.572. 66,596. 72,596. 73,747. 74 450. 75,414. 75,769. 76,107. 77,347. 83,312. 83,546 und 84,455 in Berlin bei Aron jun., bei Borchardt, bei Burg, bei Isral, bei Klage, bei Moser und 3mal bei Seeger, nach Barmen bei Holzschuher,

Brandenburg bei Lazarus, Breslau 3mal bei Froböß und 2mal bei Schreiber, Bromberg bei George, Danzig 2mal bei Rotzoll, Driesen bei Abraham, Halberstadt bei Sußmann, Iserlohn bei Hellmann, Königsberg i. Pr. bei Hertz und bei Sieburger, Landsberg a. d. W. bei Borchardt, Magdeburg bei Roch, Merseburg 2mal bei Kieselbach, Minden bei Stern, Nordhausen bei Bach, Posen bei Bielefeld und auf 10 nicht abgesetzte Loose. 43 Gewinne zu 500 Rthlr. auf Nr. 3369. 3733. 5100. 6061. 6795. 7800. 10,060. 11,822. 14,149. 16,626. 18,721. 19,008. 20,267. 25,817. 28,426. 30,681. 31,281. 32,022. 32,795. 33,628. 37,514. 38,573. 41,188. 43,947. 46,594. 51,061. 53,817. 55,121. 57,819. 64,268. 65,441. 66,867. 66,944. 69,358. 71,832. 73,863. 73,917. 75,535. 76,770. 78,887. 80,008. 83,999 und 84,201 in Berlin 2mal bei Alewin, bei Borchardt, 2mal bei Burg, bei Securius und 6mal bei Seeger, nach Brandenburg bei Lazarus, Breslau bei Froböß und 2mal bei Schreiber, Bromberg bei George, Koblenz bei Gevenich, Köln bei Reimbold, Krefeld bei Meyer, Danzig 2mal bei Rotzoll, Erfurt bei Tröster, Glogau bei Bamberger, Halberstadt bei Sußmann, Halle bei Lehmann, Königsberg i. Pr. bei Heygster und 2mal bei Samter, Liegnitz 2mal bei Schwarz, Magdeburg bei Roch, Neisse bei Jäkel, Schweidnitz bei Scholz, Stettin bei Wilsnach und auf 8 nicht abgesetzte Loose. 52 Gewinne zu 200 Rthlr. auf Nr. 1402. 1652. 5216. 7403. 9127. 9746. 10,069. 10,763. 11,961. 15,510. 17,014. 18,089. 18,335. 24,752. 28,961. 29,011. 30,534. 31,465. 33,004. 35,104. 37,914. 39,113. 42,025. 43,886. 43,998. 44,059. 46,138. 47,408, 48,606. 49,481. 49,853. 51,005. 53,069. 60,405. 60,984. 62,726. 63,229. 65,534. 66.610. 69,673. 69,972. 70,412. 71,362. 74,243. 74,962. 75,983. 76,675. 77,514. 78,386. 80,551. 80,851 und 83,961.

Den Kattunfabrikanten Rolffs und Comp. zu Köln ist unter dem 10. Novbr. 1849 ein Patent auf eine Kattun-Druckmaschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemanden in der Benutzung einzelner bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Angekommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am kaiserlich russischen Hofe, v. Rochow, von Rennhausen.

√ **Berlin**, 13. November. [Die arbeitenden Klassen.] Was sich doch unsere christliche Welt so viel zu Gute thut auf ihre Barmherzigkeit, ihre Armenhäuser, Spitalsuppen und zuletzt gar auf ihre Zuchthäuser und Bußanstalten. Das Alles wäre recht schön und gut, aber es gleicht jener zarten Pietät und jenen glänzenden Geprängen, womit so manche ihre Todten ehren, die sie im Leben vernachlässigt haben. Ja, es geschieht Vieles für die Armen, aber mehr noch wird versäumt, die Armuth zu verhindern. Es ist in der That unbegreiflich, wie unsere Philanthropen, die soviel über Pauperismus, seine Quellen und Heilmittel schreiben und sprechen, diese Eine große Sünde noch nicht erkannt haben, und daß alle diese weichen liebeglühenden Seelen nicht einsehen, daß ihr Mitgefühl und ihre Hilfe den Verarmten, aber nicht den Verarmenden zu Theil wird. Wir verkennen keineswegs den Segen, welchen Gaben der Barmherzigkeit tragen, allein wir stellen den Schutz vor der Verarmung höher, als die Unterstützung der Verarmten. Diejenigen, welche von Menschenliebe sprechen, sollten so viele Menschenkenntniß haben um zu wissen, daß der selbsterworbene Besitz, und wäre er noch so klein, ein Zauberring ist, der mit geheimnißvoller wunderbarer Gewalt zum Fleiße, Sparsamkeit und zum häuslichen Sinne hinzieht, während Almosen eher niederbeugen, statt zu erheben. Man wecke daher den Drang zur Arbeit und schütze die Arbeit im Interesse der erwerbenden Menschen, man nähre die Liebe zur Ordnung und zur Thätigkeit, räume den arbeitenden Klassen diejenige Stellung in der menschlichen Gesellschaft ein, die ihnen gebührt, und welche sie durch das Gefühl der Würde und Achtung an ihren Stand knüpft, und man wird die Seufzer des Volkes leichter stillen, als durch Almosen und Armenanstalten. Jene Männer, die als Beamte des Staates berufen sind, die Vermittelung zwischen Volk und Regierung zu übernehmen, sollten sich deshalb vor Allem bekannt machen mit den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen, sollten sich genaue Kenntniß verschaffen von den Lasten und Gebrechen der Gewerbe, sollten Augen und Herz haben für die produzirenden Stände, sie würden dann, bei der höheren Bildungsstufe, auf welcher sie stehen, gepaart mit praktischer Anschauung des Gewerbelebens und einer tiefern Einsicht in die materiellen Verhältnisse des Landes, dem Volke als die wahren Vermittler zwischen Hütten und Thron erscheinen. Statt Erbitterung und Vorurtheil würden solche Beamte Liebe und Vertrauen gewinnen; sie würden nicht mehr als die gefürchteten Vollzieher eines lästigen Gesetzes betrachtet werden, sondern als geachtete Rathgeber, als die Pfleger und Förderer der allgemeinen Interessen. Wie viel leichter würde es unter diesen Verhältnissen sein, der Zügellosigkeit einer verführten Menge Einhalt zu thun, und dieselbe zur gesetzlichen Ordnung zurückzuführen. Lehrt die arbeitenden Klassen das Gesetz in der Liebe zu seinen Trägern zu achten und gebet die Gesetze zum Schutze der Arbeit und des Wohlstandes der Arbeiter, und ihr werdet für deren Mühe und Zufriedenheit mehr thun, als durch alle Zusicherungen und Almosen.

△ **Berlin**, 13. Novbr. [Der patriotische Verein] hierselbst erläßt von Zeit zu Zeit Denkschriften. Unlängst sprach sich derselbe in einer solchen Denkschrift über die Artikel 98, 99 und 108 der Verfassung vom 5. Dezember 1848, betreffend das Steuerbewilligungsrecht und das Budget mit Bezug auf die Beschlüsse der zweiten Kammer, aus. Gegenwärtig hat derselbe den Artikel 16 der Verfassung zum Gegenstande seiner Denkschrift genommen. Diese Denkschrift vertheidiget den Satz: „Freie kirchliche Ehe, freie Civilehe", und verlangt eine Revision des in Rede stehenden Artikels in dem Sinne, daß

1) die Civilehe ohne alle Erschwerung und Vorbedingung Jedem geöffnet werde, der davon Gebrauch machen will; daß aber auch
2) die kirchliche Trauung durch die Diener der Kirchen, die bisher das Recht dazu gehabt haben und denen die Gesetzgebung dieses Recht in Zukunft zugestehen will, in ihren Ehren und Würden und in ihrer bürgerlichen Anerkennung bewahrt bleibe, dergestalt, daß Diejenigen, welche ungestört in den Einrichtungen ihrer Kirche leben wollen, nicht wider ihr Gefühl und ihr Bedürfniß zu dem ihnen fremden Civilakte gezwungen werden.

Der Verein schmeichelt sich, durch seine Denkschrift über die Steuerfrage nicht ohne Einfluß auf die Ansicht vieler Mitglieder der ersten Kammer geblieben zu sein, und hofft jetzt, gleichmäßig auf die bevorstehende Abstimmung in der zweiten Kammer über die Civilehe einzuwirken.

A. Z. C **Berlin**, 13. Nov. [Vermischte Nachrichten.] Unter den hier in den letzten Tagen angekommenen Fremden befindet sich der preußische Gesandte am russischen Hofe, Herr von Rochow aus Petersburg, ein Herzog von Calabritto aus Neapel und der sehr reiche Graf von Hatzfeld, der separirte Gatte der bekannten Frau Gräfin von Hatzfeld aus Düsseldorf. — Wie uns berichtet wird, dürfte der Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen, den das Ministerium auf eine deshalb in der zweiten Kammer an dasselbe gerichtete Interpellation in kürzester Zeit verheißen hat, wohl noch länger auf sich warten lassen. Der König soll nämlich die ihm dieserhalb vom Staatsministerio vorgelegte Ausarbeitung, welche auf dem Prinzip der unentgeltlichen Aufhebung beruht, mit der Erklärung, daß er darin einen Raub an den Berechtigten erkennen müsse, zurückgegeben haben. Die Angelegenheit soll dadurch um so verwickelter geworden sein, als eine Entschädigung neue und umfassende Vorarbeiten bedingt, außerdem auch die wichtige Frage zu lösen bleibt, woher die Mittel der Entschädigung zu nehmen seien. Das Ministerium, welches neue Interpellationen in der Kammer zu fürchten hat, wäre hierdurch, dem Vernehmen nach, sehr unangenehm betroffen worden und insbesondere heißt es, daß die Stellung des Herrn von Manteuffel, dessen Differenzen mit dem Hofe wegen der erblichen Pairie wir bereits Erwähnung gethan haben, dadurch nicht freundlicher geworden sei. Bekanntlich ist inzwischen aus der Kammer selbst ein Gesetzentwurf eingereicht worden und es heißt, daß die Antragsteller Behufs beschleunigter Berathung desselben weitere Schritte thun wollen. — Die Frau Prinzessin von Preußen erholt sich seit der Verlegung ihres Aufenthaltsorts vom Schlosse „Babelsberg" nach Berlin täglich mehr und ist seitdem von ihren Fieberanfällen, die ihre Gesundheit vollständig zu untergraben anfingen, gänzlich befreit. Die hohe Frau sieht sehr häufig zur Mittagstafel oder zum Abend, Fremde von Auszeichnung, namentlich auch Abgeordnete bei sich, auf welche sie durch Geist und Liebenswürdigkeit einen lebhaften Eindruck macht. — Die Konflikte mit den Volks-Vereinen dauern noch immer fort. Gestern Abend kam es zu einem sehr bedeutenden Zusammenstoß mit dem dritten Volksvereine, der im Mielentz'schen Saal unter dem Vorsitz des Dr. Tappert versammelt war. Der Vorstand war nicht einig darüber geworden, ob eine Blumfeier stattfinden sollte; der Vorsitzende schloß daher die Sitzung, nachdem mehrere wissenschaftliche Vorträge gehalten waren, mit der Erklärung, daß er es für angemessen halte, darüber hinweg zu gehen und die Anwesenden ersuche, sich in Ruhe und Ordnung nach Hause zu begeben. Dies schien Anfangs zu geschehen, bald aber ward die Ruhe gestört. Wer den Anlaß bot, können wir nicht bestimmen. Die zahlreich in der Nähe befindlichen Konstabler wurden durch die Nothpfeife gerufen. Es kam zu Thätlichkeiten und zahllose Verhaftungen, welche bis tief in die Nacht hinein unter furchtbarem Lärm und Geschrei exekutirt wurden, bildeten das Ende. Wie gewöhnlich richtete sich dabei der Angriff auch gegen Unbetheiligte, Neugierige, Vorübergehende rc., welche sich zur Wehre setzten und die Verwirrung dadurch nicht wenig vermehrten. — Bekanntlich hatte der Abgeordnete Walter vor längerer Zeit in der ersten Kammer den Antrag gestellt, daß eine stehende Kommission von drei von dem Könige zu ernennenden Mitgliedern eingesetzt werde, welche als eine besondere Centralbehörde für die Förderung der durch die öffentliche und Privatwohlthätigkeit beabsichtigten Zwecke thätig sei. Die zur Erwägung dieses Antrages niedergesetzte Kommission hat indeß denselben in dieser Form für unausführbar erachtet und verlangt ihn dahin modifizirt: daß das Ministerium des Innern veranlaßt werde, bei dem Zusammentritt der Kammern alljährlich einen zu veröffentlichenden Bericht vorzulegen, aus dem eine genaue Kenntniß der Verwaltung des Armenwesens im ganzen Staate hervorgehe. Auf den Grund eines solchen Berichtes würde dann die Kammer die Prüfung und die Anträge über das ganze Armenwesen im Staate gründen können.

C.B. **Berlin**, 13. November. (Aus der ersten Kammer. — Der Waldeck'sche Prozeß.] Die erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Berathung des Jagd-Polizei-Gesetzes, welches die Bestimmungen des Gesetzes vom 31. Oktober v. J. paralysiren soll, begonnen. Die verschiedenartigen Gesichtspunkte, von denen die einzelnen Mitglieder der Kammer das Gesetz ansehen, trat in einer zahlreichen Anzahl von Amendements hervor. In Anbetracht dessen wollte ein Theil der Rechten und der Linken die Rückgabe des Gesetzes an die Kommission zur Berücksichtigung der Amendements. Die Vertagung wurde jedoch abgelehnt. Bei dem Beginn der allgemeinen Diskussion erklärte die Linke durch Herrn Martins, daß sie gegen das Gesetz und alle Amendements stimmen werde, weil dasselbe die Principien des Gesetzes vollständig beseitige, obgleich es nur als eine Ergänzung desselben zu betrachten sei und kein Antrag zur Aufhebung des vorjährigen Gesetzes vorliege. Die Berathung erstreckte sich über die ersten 5 Paragraphen. Es ist zu erwarten, daß das ganze Gesetz durch die sonach rein zufälligen Majoritäten sehr verändert und zerstückelt aus der Berathung hervorgehen wird, ohne den beiden Seiten des Hauses und der Regierung besonders zu genügen. — Die auf den 26. anberaumt gewesene Schwurgerichts-Sitzung zur Verhandlung des Waldeck'schen Prozesses (oder wie die amtliche Bezeichnung der Akten ihn nennt: „des Prozesses gegen den Handlungsdiener Ohm und Genossen") ist auf den 28. verschoben. Die Vorfälle vom 16. Oktober und 12. November v. J. so wie vom 18. März d. J. sind in die Verhandlung hineingezogen, um Indicien für die dem geh. Rath Waldeck zur Last gelegte Mitwissenschaft an den Insurrektionen in Dresden, Baden und der Pfalz herzugeben. Ueber die Vorfälle vom 16. Oktober (Kampf zwischen Arbeitern und Bürgerwehr in Berlin) ist durch die in der Voruntersuchung vernommenen Zeugen konstatirt, daß Waldeck zur Ruhe und zur Einstellung der Feindseligkeiten aufgefordert hat. Das Festmahl vom 18. März im Café d'Europe, an welchem Waldeck Theil genommen hat, bietet keinerlei Indicium, und die Berathung mit den Bürgerwehroffizieren im Café de Bavière am 12. November v. J. scheint einen verbrecherischen Charakter gleichfalls nicht zu haben, da gegen keinen der betheiligten Offiziere eine Untersuchung eingeleitet ist. Die Verhandlung wird schon früh um 9 Uhr beginnen.

[Noch einmal die Oderschifffahrt.] Oeffentliche Blätter brachten vor einiger Zeit die Nachricht, daß im Auftrage des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eine Kommission von Sachverständigen an der Oder eingetroffen sei, um dieselbe zu bereisen, und hierbei verschiedene, auf die Schiffbarkeit derselben bezügliche Fragen in Erwägung zu ziehen. Dem Vernehmen nach hat die Kommission gegenwärtig ihren Bericht erstattet. Danach sollen sich sämmtliche Sachverständige einstimmig für die Zweckmäßigkeit des in neuerer Zeit bei den Strom-Regulirungswerken in der Gegend von Köben angewandten und auch im laufenden Jahre im Regierungsbezirke Oppeln mit sehr günstigem Erfolge zur Ausführung gebrachten Bau-Systems erklärt und sich dahin ausgesprochen haben, daß die Oder durch die in dieser Weise auszuführende Regulirung innerhalb sechs Jahren von Ratibor abwärts auf ihrer ganzen Länge, selbst bei niedrigstem Wasserstande, für beladene Kähne schiffbar gemacht werden könne, und daß sich die Gesammtkosten auf etwa drei Millionen Thaler belaufen würden. Zugleich soll die Kommission die hohe Wichtigkeit dieser Regulirung der Oder im vollsten Maße bestätigt, und dabei noch darauf aufmerksam gemacht haben, daß durch dieselbe neben den daraus hervorgehenden Vortheilen für Schifffahrt und Handel gleichzeitig bedeutende Erleichterungen für die Unterhaltung der Ufer, und eben so wegen der mit der Regulirung verbundenen Herstellung eines regelmäßigeren Stromlaufes eine größere Sicherung der Deiche gegen Durchbrüche, namentlich beim Eisgange, erlangt werden. Der Minister für Handel rc. hat das

lebhafteste Interesse für das Unternehmen an den Tag gelegt, und wird alle zulässigen Mittel anwenden, um die so wichtige Herstellung der großen vaterländischen Wasserstraße so bald als möglich zu gewinnen. (Reform.)

Dem Vernehmen nach soll die durch den Tod des H. v. Gerlach erledigte Hofpredigerstelle am Dom dem Prediger Krummacher von der Dreifaltigkeitskirche übertragen werden. — Zu dem Vertrage vom 30. Sept. über das Interim fehlen bis zu diesem Augenblicke noch die Accessionen von Würtemberg, Hessenkassel, Oldenburg, der thüringischen und der anhaltischen Regierungen. Binnen 10—14 Tagen wird der Eingang der noch fehlenden Zustimmungserklärungen erwartet; der Zusammentritt der Bundeskommission wird daher vor Ablauf dieses Monats erfolgen. (C. C.)

[Die Königreiche.] Sachsen hat der Konvention vom 30. September mit sauer-süßen Worten zugestimmt. Von der Pfordten hatte sich beeilt, Ja zu sagen, weil er gar sehr engagirt war und Protestationen in seinem eigenen Lande fürchtete. Aber seine Reserve verwahrt sich gegen Oesterreich. Hannover will wieder sein Heil in Vorbehalten versuchen. Diese werden zu den Akten gelegt. Man ist aber mit Hannover noch nicht ganz im Reinen. Das Alles hat in Wien, wie es scheint, einige Unruhe erregt. Erkennen Sie, wie die Königreiche Schritt für Schritt bestraft werden! Sie wollten, um den Bundesstaat zu stürzen, die Konvention fördern. Da fällt ihnen über Nacht ein, es sei jene verhaßte, von Preußen beantragte „Union," der sie, in anderer Form, zum neuen Leben verholfen. Nun ist es zu spät!

Die in der Leipziger und in der Hannov. Zeitung veröffentlichten Erklärungen der sächsischen und der hannoverschen Regierung auf die preuß. Abänderungsvorschläge für den Verfassungsentwurf sind nicht zu verwechseln mit dem eigenthümlichen Aktenstück des hannoverschen Ministerii, welches um dieselbe Zeit gleichfalls in Form einer Depesche an den hiesigen Gesandten durch das auswärtige Departement dem Verwaltungsrath zugegangen ist. Der ungehörige Weg dieser Kommunikation und noch mehr der Inhalt dieses gegen die Wirksamkeit des Verwaltungsrathes gerichteten Protestes soll den letzteren zu dem Beschlusse bewogen haben, von dem Aktenstücke selbst keine offizielle Notiz zu nehmen, den Vorsitzenden jedoch zu der auf demselben Wege zu befördernden Rückäußerung zu ermächtigen: „daß der Verwaltungsrath jede unberufene Einmischung in seine Wirksamkeit jederzeit entschieden zurückweisen werde, überdies, unbeirrt durch solche Versuche, in der Wahrung und Ausübung seiner Rechte, eben so entschlossen voranschreiten werde, wie er eingegangenen Verpflichtungen treulich nachzukommen gedenke!" — Die oben erwähnten Denkschriften sollen dem Verwaltungsrath jetzt durch Herrn v. Bodelschwingh zugleich mit den preußischen Gegenerklärungen übergeben worden sein. C. C.

[Brückenbau.] Der geheime Ober-Finanzrath Mellin ist im Auftrage des Handels-Ministers am 11ten d. M. in Begleitung des Ober-Bauraths Lentze nach England gereist, um im Interesse des bevorstehenden Baues der großen Brücken über die Weichsel und Nogat bei Tirschau und Marienburg, so wie des in Anregung gekommenen Baues über den Rhein bei Köln die interessante Construction der neueren Eisenbahn-Brücken in England, namentlich die von Fairbairn und Stephenson angegebenen Brücken mit festen kastenförmigen Trägern von Eisenblech, an Ort und Stelle in Augenschein zu nehmen. (Staats-Anz.)

†† **Posen**, im Novbr. [Panslavismus.] Das bei allen Nationen Europas so wichtige Stichwort — Panslavismus — war auch eines der furchtbaren Gespenster, die in der vergangenen aufgeregten Zeit die furchtsamen Gemüther in Schrecken setzten. Jetzt ist die politische Ruhe soweit eingetreten, daß man begreift, daß die Idee des Panslavismus nur eine subjektive, in wenigen Träumern entstandene, auf mannigfache Weise gedeutete, dann von schreiblustigen Literaten eifrig bearbeitete und ausgebeutete Ansicht war, die nie, bei keinem slavischen Stamm eine praktische Geltung gefunden hat. Es ist unglaublich, wie sehr sich sonst unparteiische Schriftsteller hinreißen lassen, Theorien aufzustellen, die den wirklichen Thatsachen und Ereignissen ganz entgegengesetzt sind, und dadurch nur Falsches von Personen und Nationen hervorrufen. Herr Deprez in der Revue des deux mondes sagt mit schönen Worten: die Slaven der Donau, die Böhmen, die Polen von gleicher Eingebung ergriffen, wollten ihre unterbrochenen nationalen Traditionen erneuern und im Fortschritt der nationalen Idee das Vehikel ihrer künftigen Unabhängigkeit suchen. Der polnische Barde Mickiewicz — dessen literarischer Panslavismus durch die Hegemonie Polens die Freiheit der Slaven Europas erringen sollte, erscheint dem Herrn Deprez als der unfehlbar wirksame Hebel. In der polnischen Emigration in Frankreich sieht er die Blüthe des polnischen Ritterthums, die Potenzen der Wissenschaft und Kunst, so daß ihm in Polen nur die Hefen zurückgeblieben scheinen. Von allen diesen schön geträumten und entwickelten Theorien ist wenig wahr. Mickiewicz war ein glänzendes Meteor, welches im Illuminismus Towianski's elend erlosch — er wirkte, als Anhang Czartoryiskis, überhaupt aber auch nie auf die stets thätige und mächtigere demokratische Centralisation, die im Auslande Propaganda machte, und politische Umwälzungen hervorrief. Die demokratische Emigration in Frankreich hatte allerdings kräftige revolutionäre Potenzen in ihrer Mitte, die panslavistischen Ideen hegten, aber von der Idee zur That überzugehen, mangelte ihr alles. Geldmittel fehlten ihr gänzlich, sie lebten, wie ihr eigener Landsmann Joseph Zaleski und andere ihnen vorwerfen, von den erpreßten und erbettelten Geldsummen, die sie frivolen Gelüsten opferten. Fanatisirte junge Leute schickten sie als Emissäre nach den polnischen Provinzen, und gelangen irgendwo Aufstände, so erschienen sie auf dem Schauplatz, um den Lohn zu ernten, ihrer Kriegs- und Kampflust zu genügen und um ohne geistige Anstrengung üppig zu leben. So viel treffliche Ausnahmen — wahre Freunde des Vaterlandes — es auch in der polnischen Emigration gewiß giebt, so ist nach der allgemeinen Meinung der eigenen Landsleute, namentlich in Galizien, dennoch der größere Theil derselben ein Konglomerat besitzloser, arbeitsscheuer, demoralisirter Vagabonden, die jetzt auch aus Paris verwiesen, eine wahre Last für ihre Landsleute sind, die sie durch reichliche immerwährende Sammlungen zu unterhalten gezwungen sind. Die Verbindungen zwischen den verschiedenen slavischen Stämmen, von welchen in polnischen Schriften so viel Wesens gemacht wird, bezieht sich auf die Privat-Korrespondenz einiger Literaten, die voll kolossaler Eitelkeit sich gegenseitig ihres ungeheuren politischen Einflusses auf ihre Landsleute rühmen, und so der Welt von panslavistischer Einigkeit vorgaukeln. In ganz Polen und Posen sind vielleicht nicht 20 Literaten, die die Sprache der übrigen slavischen Südvölker verstehen, die übrigen wissen kaum, daß es solche slavische Völker giebt — woher soll denn da die Neigung zum Panslavismus entstehen? — man denkt nicht dran. — Auch die aristokratische Partei der Emigration hatte weder die Lust, noch die bedeutenden Mittel, wenn auch den Wunsch — eine panslavistische politische Agitation unter den Südslaven zu bewirken — was geschehen ist, sind natürlich aus dem Volk hervorgegangene, in keine vorherbedachte Bahn geleitete, Bewegungen. Auf jeden Fall wäre das Ergebniß der erbittertsten Kämpfe der polnischen Legionen im Heere der Magyaren mit ihren slavischen Brüden im Süden Ungarns eine sehr merkwürdige panslavistische Einigung, — eben so bekämpften die slavischen Böhmen der österreichischen Armee die polnischen Slaven unter Bem und Dębinski, die doch dem Einflusse Czartoryiskis nahe standen, und Jellachichs ist noch immer das Idol seines Landes. Die Furcht der Deutschen vor panslavistischen Bestrebungen in diesem Sinne ist demnach wohl sehr unbegründet — was aber Rußlands politische Tendenzen betrifft, so giebt der Panslavismus, das heißt, eine Verbindung aller slavischen Stämme unter Rußlands Hegemonie kein neues Motiv zu Befürchtungen. Rußland mit seiner kolossalen Macht, als Typus der unumschränkten Alleingewalt, ist an und für sich kräftig genug, um allen republikanischen Bestrebungen des westlichen Europa, wenn sie es näher berühren, auch ohne andere Hülfe, entschieden entgegen zu treten. Der energische Beherrscher dieses Riesenstaats weiß wohl, daß eine besiegte Nation seinen Sieger nicht liebt, er will auch nicht Liebe, nur Gehorsam, unbedingtes Gehorchen — endlich weiß er, daß der Pole lieber Russe als Deutscher sein will, und es ist wirklich unbezweifelt wahr, daß Galizien, namentlich Ostgalizien die Trennung von Oesterreich und Verbindung mit Rußland sehnlichst wünscht, ja, daß es selbst Polen unter Preußens mildem Szepter gab und giebt, die sich nach einer Verbindung mit Rußland sehnten. Rußland hat nun auch durch den klug geführten und beendeten Krieg in Ungarn Sympathien bei den Magyaren und Slaven gewonnen, und es würde durch eine Vergrößerung seines Riesenkörpers nach Westen zu vielleicht gerade an politischer Macht verlieren. Die so häufig ausgesprochene Furcht vor der russischen Ausdehnungsneigung nach Westen zu ist ein sonderbares Vorurtheil — Rußland kann und wird nur nach der Herrschaft am Mittelmeere und der Besetzung der Dardanellen streben, was nur noch allein England hindert. Der politische sehr bedeutende Einfluß Rußlands auf alle germanischen Staaten, selbst Frankreich und Italien steht in der jetzigen Zeit und bei der übereinstimmenden Ansicht aller Herrscher so fest, daß er keiner Gebietsvermehrung nach Westen bedarf, um doch seinem Willen überall Geltung zu verschaffen. Ob übrigens die absolute Herrschaft eines unumschränkten Selbstherrschers, wie der strenge und energische Kaiser Nikolaus ist, furchtbringender ist, als die durch eine Konstitution beglückte österreichische Herrschaft mag die Thatsache beantworten, **daß von allen polnischen Generalen, die im Jahre 1831 in Polen zum Aufstande übergingen, kein einziger, selbst die am meisten kompromittirten das Leben verloren haben, ja nicht einmal im Exil geblieben sind, während in Ungarn alle Führer, die sich an der Spitze bedeutender Heeres-Abtheilungen oder in Arad, im Vertrauen auf den großen Dienst, den sie dem österreichischen Staate durch ihre Uebergabe leisteten, auf Gnade übergeben haben, zur schimpflichen Strafe des Galgens verurtheilt wurden.** Wird sich wohl von jetzt an bei ähnlichen Kämpfen ein Führer an der Spitze eines Heeres oder in einer wohlverproviantirten Festung in Oesterreich auf Gnade ergeben? und fällt der vermeintliche Schimpf der Todesstrafe durch den Strang bei rein politischen Verbrechen nach den Ansichten unserer Zeit auf den Gerichteten oder den richtenden Staat? Klapka rettete sein Leben, weil er der Gnade Haynaus mißtraute, während die Generale in und bei Arad im vollen Vertrauen zur österreichischen Gnade, zum Galgen verurtheilt wurden!! —

Von der Lutynia, 10. November. [Grenzverhältnisse. Russen und Magyaren.] So streng auch die Grenze unsers Nachbarstaates gesperrt ist, so gelingt es doch einzelnen Reisenden, dieselbe zu überschreiten, wenn sie sich nur entschließen können, die Vorliebe der russischen Grenzbeamten für Silberrubel gebührend zu berücksichtigen. Selbst ein Paß wird dann nicht gefordert, in dessen Ermangelung in einem jüngst vorgekommenen Falle 7½ Rubel hinreichend waren, ihn zu ersetzen. Ueber die in Polen einige Meilen von der Grenze gesehenen und gehörten Dinge berichtet unser Gewährsmann Folgendes: „Fast jedes Dorf ist mit Truppen angefüllt, so daß der ärmste Bauer vier und mehr Mann im Quartier hat, die natürlich auch in Bezug auf Verpflegung demselben zur Last fallen. Meistens sind es Truppen, die aus dem ungarischen Feldzuge zurückgekehrt sind. Die Russen sprechen mit großer Achtung von ihren ungarischen Gegnern und rühmen ihre Bravheit, während sie für die Weißröcke keine großen Sympathien zu hegen scheinen, was wohl erklärlich wäre, wenn folgende, von russischen Offizieren erzählte Episode wahr ist." „„Wir sahen einem Reitergefecht, welches sich zwischen Ungarn und Oesterreichern entwickelte, zu. Die Ungarn hielten sich so brav, daß ihre Gegner nach langem Kampfe nur durch Uebermacht den Kampfplatz zu behaupten im Stande waren. Ein junger Offizier, der schon mehrere feindliche Kürassiere in den Sand gestreckt und dadurch die Bewunderung der Russen erregt hatte, wollte gegen die Uebermacht fortkämpfen und wurde gefangen. Feldmarschall Paskiewitsch wünschte diesen Offizier wegen seiner Tapferkeit zu seinem Gefangenen, sandte deshalb einen Adjutanten mit der betreffenden Bitte an den F.-M.-L. Haynau. Am folgenden Tage sollte der Bescheid erfolgen; ein russischer Adjutant ist in Haynaus Lager, um möglicherweise den Gefangenen in Empfang zu nehmen. Der Gefangene wird vorgeführt und — an einem Leiterwagen aufgehängt."" — Von einem Reisenden erfahren wir, daß am 8. d. M. ein grausenhafter Mord auf der von Pleschen nach Ostrowo führenden Straße an zwei Israliten begangen worden ist, die mit einem einspännigen Fuhrwerk, von Pleschen kommend, diese Straße befuhren. (Pos. Z.)

Magdeburg, 10. Novbr. [Uhlich.] In der oft erwähnten Angelegenheit wegen Wiederwahl des Pastors Uhlich zum Pfarrer an St. Katharinen hat das Ministerium den hiesigen Magistrat auf seine Beschwerde wider das Consistorium dahin beschieden, daß es binnen einer 6wöchentlichen Nachfrist einen andern qualificirten Bewerber zu präsentiren habe, widrigenfalls das Consistorium vermöge des Devolutions-Rechts die Stelle besetzen werde. (Konst. Z.)

Köln, 12. Nov. [Ankunft des Prinzen von Preußen.] Gestern Nachmittags, bald nach 1 Uhr, traf Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen, Militär-Gouverneur von Rheinland und Westfalen, begleitet von dem kommandirenden General und dem Ober-Präsidenten der Provinz, mit einem Düsseldorfer Dampfschiffe, von Koblenz kommend, in Bonn ein, wo zahlreiche Massen am Ufer Seiner Ankunft harrten. Zunächst von seinem Sohne begrüßt, empfing der Prinz den Rektor der Universität, den Ober-Bürgermeister und die übrigen zur Bewillkommnung an der Landungsbrücke versammelten Behörden. In der Wohnung des Prinzen Friedrich Wilhelm im Schlesse fand sodann Vorstellung des Offizier-Corps, sowie einzelner Mitglieder der Behörden statt. — Mit dem ersten Nachmittags-Bahnzuge traf nach 3 Uhr Se. königl. Hoheit hier ein und begab sich, am Bahnhofe von den Spitzen der höchsten Behörden begrüßt, nach dem Regierungs-Gebäude. Dort hatten sich der Herr Erzbischof, das Metropolitan-Kapitel, die Mitglieder der Gerichtshöfe, so wie der sonstigen Militär- und Civil-Behörden, des Gemeinderathes ꝛc. und namentlich das Offizier-Corps zur Cour eingefunden. Der Prinz unterhielt sich mit vielen einzelnen Personen, sprach sich gegen das Offizier-Corps sehr lobend über das Benehmen der von Ihm befehligten preußischen Truppen in Baden aus und ließ dem Gemeinderath gegenüber der Stadt Köln besondere Anerkennung zu Theil werden

hinsichtlich ihres Verhaltens bei der vorjährigen Anwesenheit des Königs, das auch bei Seiner Majestät noch fortwährend in freudigem Andenken sei. — Abends gegen 8 Uhr verfügte sich der Prinz in zahlreicher Begleitung nach dem Dome, dessen äußere Hauptheile mit bengalischem Feuer, die inneren Räume aber mit zahlreichen Gasflammen und auf der oberen Gallerie angebrachten Lichtern herrlich beleuchtet waren. Dort traten namentlich der Thurm mit dem ersten neuen Schlußbogen des Langhauses und das Süd-Portal in ihrer ganzen Pracht aus dem Dunkel des Abends hervor, — hier machte der gewaltige Formen-Reichthum die großartigste Wirkung. Von dem Herrn Erzbischofe und dem Dom-Baumeister geleitet, nahm der hohe Herr die Fortschritte des großen Werkes und sonstige Sehenswürdigkeiten der Kathedrale in Augenschein, äußerte sich über erstere sehr befriedigt und verhieß der Dombau-Sache auch seine fernere warme Theilnahme, die der Herr Erzbischof in einer kurzen Ansprache erbeten hatte. — Heute Morgens um 11 Uhr fand beim herrlichsten Wetter auf dem Neumarkte Heerschau über sämmtliche Truppen der hiesigen Garnison statt. Nach deren Beendigung wird der Prinz das Militär-Lazareth besichtigen. Zunächst wegen militärischer Zwecke anwesend, hat Höchstderselbe den auch beabsichtigten Besuch des neuen Bürger-Hospitals einer spätern Anwesenheit vorbehalten müssen. Mittags giebt Se. königl. Hoheit ein großes Diner im Regierungs-Gebäude, und Abends wird er einer Soiree beim Hrn. Kommerzienrath Deichmann beiwohnen. Morgen früh verläßt der Prinz die Stadt, benutzt die Mindener Bahn bis Duisburg und begiebt sich von da auf die Einladung der dortigen Bürgerschaft nach Ruhrort wo ein besonderes Dampfschiff zur Reise nach Wesel bereit liegt. (Köln. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 10. November. [Verschiedenes.] Die hiesige Handelskammer hat, nachdem sie Nachricht erhalten, daß man in Berlin allerdings geneigt sein möchte, der Kölner Handelskammer, nicht aber der Frankfurter, die täglichen Coursnotirungen auf telegraphischem Wege unentgeltlich zu übermitteln, sich an die Berliner Kaufmannschaft gewandt, um dieselbe zu veranlassen, ihr betreffendes Gesuch um so mehr zu unterstützen, als der Effektenhandel in Frankfurt ungleich bedeutender als in Köln, jene telegraphische Verbindung aber nicht minder im Interesse des Berliner, als des Frankfurter Handelsstandes begründet sei. Eine Antwort von der genannten Korporation ist noch nicht eingegangen; eventuell hat aber auch der Bevollmächtigte der freien Stadt, Schöff Dr. Harnier, der demnächst nach Berlin zurückkehrt, es übernommen, das Ansuchen der Handelskammer persönlich bei Herrn v. d. Heydt zu befürworten. Heute Nachmittag ist von Seiten des Reichsministeriums ein Courier nach München abgesandt. Der Courier, ein Offizier vom österreichischen Regiment Palombini, mußte in zwei Stunden zur Abreise fertig sein. (Ref.)

Mainz, 10. Nov. [Verschiedenes.] Gestern, als am Todestage Robert Blum's, wurden hier mehrere schwarze Fahnen ausgesteckt, auch die Agenturen der Dampfschiffe folgten dieser Kundgebung der Trauer und hißten ihre Flaggen halb. Ein Adjutant des österreichischen Vice-Gouverneurs, in Begleitung von Polizeibeamten, verbot jedoch diese Trauerzeichen und nahm sie hinweg. — Die Vertagung der Verhandlung gegen den Adam Schneider wegen des Attentats auf Se. königl. Hoh. den Prinzen von Preußen macht großes Aufsehen. *) (F.J.)

Karlsruhe, 9. November. [Militärisches.] Gegen Ende dieses Monats wird der großh. Prinz Wilhelm sich nach Potsdam begeben, um in königl. preußische Militärdienste zu treten. Schon seit einiger Zeit spricht man von Veränderungen in den höheren Hofchargen; der Ober-Hofmarschall v. Du Boys hat sich zurückgezogen, und als Nachfolger bezeichnet man den Freiherrn v. Andlaw; der seitherige Hofmarschall v. Göler soll (an des Grafen Brousseles Stelle) Intendant der großh. Hofdomainen, und der seitherige Reisemarschall v. Schilling an dessen Stelle Hofmarschall werden. — Meinen früheren Mittheilungen über die Reorganisation des bad. Armeecorps kann ich heute weiter Nachrichten anknüpfen. Es hat sich herausgestellt, daß „Stoff" genug im Lande ist, um 9 Bataillone Infanterie, 2 Regimenter Kavalerie und $1\frac{1}{2}$ Batterie errichten zu können. Unter „Stoff" verstehe ich die genügende Anzahl von Unteroffizieren, von denen so viele beim letzten Aufstande kompromittirt waren, daß wohl der größte Theil zur Untersuchung und Bestrafung kommen mußte. Die Regierung will aber, wohl im Gefühle ihrer großen Mitschuld an der nach und nach eingerissenen Desorganisation des einst so vortrefflichen Unteroffizier-Corps, sämmtliche nur leicht gravirte Unteroffiziere wieder anstellen. Manche mögen in dieser Wiederanstellung einen gewagten Versuch erblicken, die Offiziere theilen diese Meinung nicht, zumal wenn, wie sie hoffen, die neu organisirten Truppenkörper bald ins Feld geführt werden. Die Infanterie, die bisher aus 15 Bataillonen (Leib-Regiment und 4 Linien-Infanterie-Regimenter à 3 Bataillonen) bestand, hätte demnach noch 6 Bataillone später zu organisiren. Die Kavalerie bestand aus 3 Regimentern schwerer Dragoner (Regiment Großherzog und 2 Linien-Regimentern) und hätte somit später noch ein Regiment aufzustellen, was in der Art geschehen soll, daß 1 Regiment leichter und 2 Regimenter schwerer Dragoner künftig bestehen werden. Die meiste Verwüstung hat der Aufstand unter der früher so schönen badischen Artillerie angerichtet — nur für $1\frac{1}{2}$ Batterie ist jetzt Mannschaft und Bedienung vorhanden! Hier wird am meisten und am längsten zu reorganisiren sein, ehe die Artillerie ihren früheren Stand wieder erreicht. An Offizieren, vom Major abwärts, ist in allen Waffengattungen eine hinreichende Anzahl vorhanden, die höheren Offiziere aber werden meistens aus Preußen zu berufen sein. Wohin aber mit den 9 Bataillonen, mit der Kavalerie und Artillerie, wenn sie nun reorganisirt sind? Im Lande können sie nicht bleiben, da sind jetzt schon nicht Kasernen und Ställe genug für das preußische Okkupations-Corps. Entschieden ist noch nichts definitiv über das Wohin? denn Thatsache ist bis jetzt, daß den Offizieren des hiesigen früheren 2ten Dragoner-Regiments Andeutungen zugegangen sind, sich „sattelfertig" zu halten. Man glaubt, das Regiment werde an die hannoverisch-westfälische Grenze rücken, um bereit zu sein, eventuell mit dem längs der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn aufgestellten Truppen, dem 1sten Landwehr-Regiment und der Batterie aus Königsberg, nach Schleswig aufzubrechen. (Const. Ztg.)

*) Die „Deutsche Reform" giebt den Grund dieser Vertagung dahin an: daß der Staatsanwalt aus Aeußerungen der Geschworenen zu schließen berechtigt sei, daß ein freisprechendes Urtheil erfolgen werde. Red.

Sigmaringen, 9. Novbr. [Mediatisirung.] Es kann aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt werden, daß die Verträge über Abtretung der Fürstenthümer Hohenzollern an Preußen abgeschlossen und ratificirt sind und nur noch der Zustimmung der preußischen Kammern bedürfen, welche voraussichtlich erfolgen wird. Es scheint, daß die Festsetzung Preußens in Süd-Deutschland einen Notenwechsel zwischen den größeren Kabinetten veranlaßt habe. Für unsere staatlichen Verhältnisse hegt man jetzt größtentheils die besten Erwartungen; die durch die Truppen vermittelte Annäherung hat die früheren Antipathien der Nord- und Süddeutschen so ziemlich schwinden gemacht. (Schw. M.)

Dresden, 13. Novbr. Endlich wird es zur Konstituirung unserer Kammern kommen. Die erste wird morgen über die geschehenen Wahlprüfungen berichten. Zum Präsidenten dürfte muthmaßlich der vormalige Staats-Minister Georgi gewählt werden. Um nicht in den Fehler der früheren radikalen Partei zu verfallen, wird aber auch die konservativ-liberale Partei, welche jetzt die Mehrheit hat, einige Radikale und namentlich den Dr. Joseph mit in das Direktorium ziehen. Die zweite Kammer wird wohl übermorgen über die Wahlprüfungen berichten und dort dürfte der vormalige Minister, Dr. Braun, wenn er nicht — wie man sagt — deprezirt, Präsident werden.

Leipzig, 11. Novbr. [Das Blum-Bankett.] Ohne die geringste Störung verlief das gestern Abend im Saale des großen Kuchengartens abgehaltene „Blum-Bankett". Der Saal, der nur wenig Hunderte von Menschen zu fassen vermag, war prachtvoll geschmückt, vorzüglich waren Kränze und Blumen-Gewinde fast überall angebracht. Zwischen den Guirlanden waren auf weißem Grunde in goldner Schrift die Namen: Kossuth, Batthyany, Bem, Dembinski, Mazzini, Garibaldi, Ledru-Rollin, Proudhon, Richard Cobden, Trützschler und Hecker zu lesen; auf 7 rothen Schildern waren mit goldener Schrift Data von Tagen oder Zeiten verzeichnet, die in Blums politischer Wirksamkeit merkwürdig waren, vom Oktober 1844 bis November 1848. Der mit Kränzen geschmückten Rednerbühne gegenüber hing an der Wand ein Schild mit der Inschrift: Robert Blum; daneben hing der Palmzweig, den einst die Hanauer Turner, wie ich hörte, Blum verehrt hatten, und ein blankes Schwert; zu beiden Seiten desselben gebrochene Ketten, darunter auf rothem Kissen die Waffenstücke, die Blum während seines Aufenthalts in Wien getragen. (Dresd. J.)

Dessau, 12. November. [Auflösung der Landtage.] Nachdem in der heutigen Sitzung des vereinigten Landtages zu Köthen das Protokoll verlesen worden war, erhob sich der Ministerpräsident v. Goßler und verlas zuerst die höchste Sanktion der Beschlüsse über den Wiedergebrauch der Adelsprädikate, der Orden, über die Beschränkung des Petitions- und Assoziationsrechtes beim Militär, sowie über den Wegfall des allgemeinen Religions-Unterrichtes und dann folgendes Auflösungspatent:

Wir Leopold Friedrich, regierender Herzog zu Anhalt-Dessau, Herzog zu Sachsen, Engern und Westfalen ꝛc., verordnen auf Antrag des Gesammtstaatsministeriums: § 1. Der vereinigte anhalt-dessauische und anhalt-köthensche Landtag, sowie der anhalt-dessauische und anhalt-köthensche Sonderlandtag werden hierdurch aufgelöst. § 2. Unser Gesammtstaatsministerium hat in Gemäßheit des § 50 der Verfassung binnen 24 Stunden nach der Auflösung die Anordnung neuer Landtagswahlen zu bewirken. Urkundlich haben wir diese Verordnung eigenhändig vollzogen und mit unserem herzogl. Insiegel bedrucken lassen. Dessau, den 11. Novb. 1849. Leopold Friedrich, H. z. Anh.-Dessau. Goßler. Plötz. Vierthaler.

So ist es denn geschehen. Das Land wird jetzt richten. Das Ministerium wird morgen einen Aufruf an das anhaltische Volk erlassen, und darin seine Ansichten zu rechtfertigen suchen. Der Abgeordnete Wolter ließ die Verfassung, der Landtagspräsident den Herzog hochleben und dann trennte man sich. (Reform.)

Brake, 10. Novbr. [Deutsche Flotte.] Ich kann Ihnen heute die zuverlässige Nachricht geben, daß sämmtliche auf der Weser stationirten deutschen Kriegsschiffe, mit Ausnahme der Fregatte Deutschland, im hiesigen Hafen überwintern sollen, und werden auch für die großen Kriegsdampfer bereits die nöthigen Vorkehrungen getroffen. Die Baggermaschine von Bremerhafen arbeitet bereits seit mehreren Tagen im Hafen. An der Nordseite des Dryocks wird in den nächsten Tagen ein großes Gebäude zum künftigen Arsenal in Angriff genommen und soll binnen kurzer Zeit fertig sein, oben in diesem Gebäude werden Wohnungen für die Offiziere eingerichtet. (Weser-Z.)

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Kopenhagen, 6. November. Die Unterhandlungen drehten sich bis jetzt nur um die Entfernung der Statthalterschaft in Holstein und das Zurückberufen der preußischen Offiziere. Die preußische Regierung soll beide Forderungen nicht unbedingt abgelehnt, sondern sich geradezu bereitwillig erklärt haben, die Integrität der dänischen Monarchie vollständig anzuerkennen, wenn entweder ganz Dänemark **in deutsche Allianz oder doch Holstein und Lauenburg in den engeren Bund ohne Vorbehalt eintreten würden.** Darauf scheint man dänischer Seits nicht einzugehen, und diese, die jetzige Hauptdifferenz, zu erledigen, ist wahrscheinlich der nächste Grund der Abreise des Herrn v. Pechlin. (L. Z.)

Oesterreich.

N. B. Wien, 13. Nov. [Tagesbericht.] Die mit 1. d. Mts. erschienene Zeitschrift, die „österreichische Morgenpost" redigirt vom Grafen E. A. Festetits, wird auf hohen Befehl während des Ausnahmszustandes nicht mehr erscheinen. — Hr. Mautner, Mitarbeiter der untersagten Zeitung „die Zeit", soll von hier ausgewiesen sein. — Von mehreren Seiten wird die Voraussetzung bestätigt, daß die Hypothekargläubiger sich in den ihnen durch die Einkommensteuer auferlegten Abzug nicht fügen dürften, wo dann massenhafte Kündigungen in Kurzem zu gewärtigen wären. — Die schon seit mehreren Wochen verbreitete Nachricht, daß der hochangewachsene Stand unseres Kriegsheeres reduzirt werden soll, gewinnt immer mehr Konsistenz und derselben ist vorzugsweise die seither eingetretene Spekulation auf das Steigen unserer Kourse zuzuschreiben. Soweit man vernimmt, ist hierbei nur von einer Auflösung des sechsten (an die Stelle der früheren Landwehr getretenen) Bataillons, die Rede, was auch deßhalb von großer Erspießlichkeit ist, weil den Bedürfnissen der Industrie durch Beurlaubung der dafür mangelnden Arbeiter Rechnung getragen wird. Doch wird diese Meinung durch die „österr. Korrespondenz" in gewisse Schranken gewiesen, indem dieselbe schon vor einigen Tagen berichtete, daß eine Entwaffnung des Heeres im gegenwärtigen Augenblicke vollkommen unausführbar sei, worüber im Ministerrathe durchaus Einigkeit herrsche. — Neueren Nachrichten aus Pesth zufolge wird die der dortigen Judengemeinde auferlegte Strafkontribution nicht erlassen, sondern in Berücksichtigung der Zahlungsunfähigkeit der Altofener Gemeinde die Kontribution auf alle Judengemeinden Ungarns, mit Ausnahme der von Preßburg und Temeswar, ausgedehnt. — Aus Galizien wird als erfreuliche Erscheinung berichtet, daß die Emanzipation dort anfängt, ihre Früchte zu tragen, indem viele Israeliten sich dem Landbau zuwenden. Einige israelitischen Gutspächter beschäftigen viele ihrer armen Glaubensgenossen mit Feldarbeiten und diese ersetzen durch Fleiß, was ihnen an Arbeitsfähigkeit mangelt. — In den türkischen Angelegenheiten sind einige Mißhelligkeiten hervorgetreten. In einem halboffiziellen Artikel der Wiener Zeitung war unter dem 31sten Oktober den Türken zur Last gelegt worden, daß sie die geflüchteten Insurgenten Entbehrungen und Mißhandlungen erleiden ließen und die bis zur Rückkehr nach Oesterreich Bereitwilligen zum Bleiben und zum Abfall vom Christenthum zu verleiten suchten. Das „Journal de Konstantinopel", beleuchtet das Verhalten jener Insurgenten in der Türkei auf ganz verschiedene Weise und veranlaßt dadurch die heutige Wiener Zeitung zu einer Entgegnung. Es

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 267 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 15. November 1849.

(Fortsetzung.)

geht daraus hervor, daß mit der Ankunft Ismael Bey's in Widdin der Gouverneur, dessen Eingebungen folgend, Raum zu Werbungen für den Islam, so wie zu den harten Maßregeln gegen die Flüchtlinge unterer Klasse gestattete, während die Insurgentenchefs und Renegaten ganz anders behandelt wurden. Dem entschlossenen und umsichtigen Benehmen des österreichischen Generals Hauslab ist der bekannte Ausgang zu verdanken, daß über 3000 Flüchtlinge glücklich — und unbeschadet der ihnen nachgesendeten Katzenmusik — auf österreichischen Boden übergeführt wurden. Was die Insurgentenführer betrifft, die so viele diplomatische Verhandlung erzeugten, so will man wissen, daß Rußland und Oesterreich sich nur unter der Bedingung beschwichtigen ließen, **daß die Gefangenen in das Innere des osmannischen Reiches geführt und dort bewacht würden.***) Den Einfluß Englands in Konstantinopel betrachtet man als dominirend und wiederholt man die gestern schon mitgetheilte Nachricht, **daß eine englische Flotte vor Smyrna angelangt sei oder doch in der Nähe gesehen wurde.** In Konstantinopel wollte man sogar wissen, das englische Kabinet habe direkt an die Pforte das Verlangen gerichtet, daß die ungarischen und polnischen Flüchtlinge auf englische Schiffe gebracht werden sollen.

[Hurter.] In der Angelegenheit des Hofrath Hurter ist auch ein unbeschuhter Carmeliter (er heißt P. Zachaeus a sancto amore) vernommen worden. Dabei aber stellte sich heraus, daß eine Verbindung mit jenem nicht nur nicht statt hatte, sondern der Befragte nicht einmal den Namen des Betreffenden kannte. Anders verhält es sich mit dem Post-Taxator Wohlleb. Er war der Spediteur der Briefe zwischen Wien, Rom und Brighton, da man dieselben nicht unter ihren wahren Adressen befördern wollte. Die Untersuchung weist auf einen ehemals hochgestellten Oesterreicher, dermalen in Andernach wohnend, als auf eine Mittelsperson, hin, so daß am Ende auch die preußische Regierung um Nachforschungen dürfte angegangen werden. Hurter wurde am 9ten von dem Stock am Eisen in seine Wohnung zurückgeführt (um Aufsehen zu vermeiden in einem geschlossenen Fiaker), damit die Beschlagnahme seiner Papiere in dessen Gegenwart (wie das Gesetz es erheischt) könne vorgenommen werden. Die damit beschäftigten Beamteten wollen bei flüchtigem Ueberblick nichts gefunden haben, was ihn besonders kompromittiren könnte. Es läßt sich annehmen, er sei so klug gewesen, derartige Papiere gleich nach deren Empfang zu vernichten, oder sie auf eine Weise zu beseitigen, daß es schwer fallen dürfte, sie zu finden. — Allgemein stellt man sich die Frage, wer den Hofrath Hurter habe veranlassen können, in ein solches Wagniß sich zu verstricken? Hierüber herrscht nur eine Meinung, daß er den Verlust seines früheren Einflusses nicht habe verschmerzen können. Es ist allbekannt, daß ihm ein solcher alsbald nach seiner Hierherkunft sei eingeräumt worden; daß er die Triebfeder mancher Verfügungen war, viele Ernennungen, die keinen Beifall hatten, durch ihn veranlaßt, die in letzter Zeit getroffenen Vorkehrungen zur Einführung eines neuen unerhört belästigenden Censur-Tribunals durch ihn in Anregung gebracht wurden, sowie er auch während des vorjährigen Oktobers in Olmütz nie von der Person des Kaisers wich. Diesem Allem mußte er mit der Thronentsagung ebenfalls entsagen, indem ihm am Tage nach derselben die Entlassung aus kaiserlichem Dienste zugesendet ward. Nun mag er gesucht haben, für das Verlorene auf andere Weise sich zu entschädigen, vielleicht in Hoffnung, wenn die Entwürfe glücken sollten, in einem anderen Lande noch höher zu steigen und zugleich dem Fürsten Metternich sich dienstbar zu erweisen. (Ref.)

⊙ **Prag,** 10. Nov. [Universität. Eisenbahn.] Neben der Berufung des Dr. Hahn aus Heidelberg als Professor der deutschen Sprache und Literatur bildet jene des Professors Purkinje von Breslau als Professor der Physiologie an der hiesigen Hochschule den Hauptgegenstand der Unterhaltung in den höheren Kreisen. Während das deutsche Element sich um Dr. Hahn schaart, begrüßen die Czechen in Purkinje den Slaven und geben sich der Hoffnung hin, daß derselbe seine Vorträge bald in böhmischer Sprache halten werde, denn das eben ist das Traurigste bei uns, daß der unselige Nationalitätenstreit zuletzt Alles in einen Sprachenkampf auflöst, bei dem die Wissenschaft nur als Kupplerin erscheint. — Nicht geringes Aufsehen erregt ein Schreiben, das der Professor Schleichert in Bonn an den Professor Kaubek dahier gerichtet hat, und worin er ihm den Rath ertheilt, die Czechen möchten ihre Schriftsprache durch Entlehnungen aus dem Slovakischen bereichern. Dr. Schleichert verweilte vor neun Monaten als Korrespondent der Augsburger Allgemeinen Zeitung während des Reichstages in Kremsier und eignete sich dort in Kurzem die Kenntniß der böhmischen Sprache an, die er später bei einem mehrwöchentlichen Aufenthalt in Prag wesentlich vervollkommte, so daß er jetzt sich in der czechischen Sprache ebenso schriftlich als mündlich regelrecht auszudrücken versteht. Der in böhmischen Blättern abgedruckte Brief macht schon deshalb bedeutendes Aufsehen, weil just der Streit zwischen czechischer und slovakischer Schriftsprache seit Jahren einen Hauptgegenstand literarischer Fehde bildet. — Die Eisenbahn zwischen hier und der sächsischen Grenze ist bis Raudnitz bereits im fahrbaren Zustand, wird aber vor der Hand, da die Strecke zu kurz ist, dem öffentlichen Verkehr noch nicht übergeben. Uebrigens ist diese Eisenstraße jedenfalls die kostspieligste in ganz Europa; überall mußte in dem schmalen Flußthal das Felsenufer ausgesprengt werden, um für das Bahngeleise Raum zu gewinnen, das fast ganz auf einem Unterbau aus Quadersteinen fortläuft. Nicht minder Geld raubend war die Grundeinlegung, ja bei Raudnitz mußte ein ganzes Dorf von 94 Wohnhäusern auf den Abbruch angekauft werden, das jetzt einige hundert Klaftern seitwärts neu erstehet.

*) Wie unser gut unterrichtete * Korrespondent vor mehren Tagen Dies zuerst berichtete. Red.

Von der italienischen Grenze, im November. [Rekrutirung.] Die neuerdings angeordnete Aushebung von 15,000 Mann im lombardisch-venetianischen Königreiche, welche am 2. Januar 1850 zu beginnen hat, verbreitet viele Unzufriedenheit im Volke, und bringt zahlreiche Familien in Kummer wegen ihren Angehörigen; die Gemeinden beeilen sich, alle schlechten Subjekte an das Militär abzuliefern, und desto unglücklicher müssen sich alsdann jene wohlerzogenen jungen Leute fühlen, die das unbeneidenswerthe Schicksal trifft, neben den Auswürflingen ihrer Nation einer verhaßten Regierung zu dienen. Es läßt sich überhaupt schwer absehen, was die Regierung mit diesen durchaus unzuverlässigen Truppen beginnen will, welche lediglich aus Gesindel und Unwilligen bestehen? Diese neuen Regimenter dürften der Regierung bei kritischen Verhältnissen eben so gefährlich werden, als dem Lande verderblich, wo sie als Feinde erscheinen.

Frankreich.

× **Paris,** 11. November. [Die parlamentarischen Vereine. Die Prämienvertheilung der Industrie-Ausstellung. — Depeschen in der türkischen und römischen Angelegenheit. Sardinisches.] Da die gestrige Note des Moniteurs einen augenblicklichen Stillstand in den Bewegungen der Parteien verursacht, die sich bereits zu einem allgemeinen Kampfe zu vereinigen anfingen, so ist dies wohl ein günstiger Moment die verschiedenen Parteikräfte zu überblicken. Die parlamentarischen Vereine sind so zu sagen die Kasernen für die Armee-Korps in der großen politischen Arena. Solcher Vereine giebt es in diesem Augenblicke fünf, ohne eine große Anzahl von Repräsentanten zu rechnen, die nach Zufall und ohne Führer gehen. Es ist zunächst: 1) der Staatsrath-Verein, welcher allein zahlreicher ist, als alle anderen vier zusammengenommen, aber oft innerlich gespalten ist; 2) der Verein der äußersten Linken, an dessen Spitze die Herren Em. Arago, Grévy, Coralli &c. stehen und der sich in der Rue St. Honoré versammelt; 3) der reine Berg, der seine Sitzungen immer noch in dem berühmten Lokal der Rue du Hasard hat; 4) der bonapartistische Verein, in dem der Herr von der Moskwa den Vorsitz führt; 5) endlich ein ganz neuer Verein, der als Patrone die Herren Bixio, Cavaignac, Lefranc &c. hat. Diese letztere Assoziation, wo sich augenscheinlich die Elemente eines neuen Ministeriums konzentriren, scheint sich als eine ordnende Gewalt zwischen die Rechte und Linke stellen zu wollen. Wenn man gerecht sein will, so muß man gestehen, daß selbst in dem Verein des Berges der insurrektionelle Geist zu herrschen aufgehört hat, und bei dieser allgemein friedlichen Gesinnung werden Sie es erklärlich finden, daß die Proklamation des neuen Polizei-Präfekten (S. gestr. Bresl. Z.) wegen ihres provokatorischen Tones allgemeinen Tadel gefunden hat. — Der Präsident der Republik hat heute eine neue Gelegenheit ergriffen, den Gerüchten von einem Staatsstreiche ein öffentliches Dementi zu geben. Es fand nämlich heute im Palais-de-Justice die Prämien-Vertheilung an die Industrie-Aussteller statt. Die Ceremonie war sehr feierlich. Schon um 8 Uhr Morgens waren die Quais, Brücken und Straßen, die zum Palais-de-Justice führen, mit einer zahllosen Menschenmasse überfüllt. Der große Saal des Pos-Perdus war aufs herrlichste geschmückt; der Präsident der Republik und der Präsident der National-Versammlung erschienen mit einem glänzenden Gefolge; Beide wurden von Kürassier- und Lanciers-Abtheilungen begleitet. Die Minister, die diplomatischen Corps, die hohen Gerichtshöfe, und eine große Deputation der National-Versammlung waren anwesend. Dreihundert Sänger und ein großes Orchester führten Nationalgesänge aus. Louis Napoleon vertheilte selbst die Belohnungen und hielt alsdann eine Rede, die den allgemeinsten Beifall erhielt. Er forderte darin zum Schlusse die Zuhörer auf, sich vor den utopischen Irrthümern zu hüten und wies als eine Verläumdung die lächerlichen Gerüchte zurück, die jüngst zirkulirt haben. Als erster Beamter der Republik habe er kein anderes Verlangen als nach der Erfüllung seiner Pflichten und dem Wohle des Vaterlandes. — Der „Moniteur" giebt heute offizielle Mittheilung von einer Unterredung zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Gesandten der vereinigten Staaten, aus der hervorgeht, daß das gute Vernehmen zwischen den beiden Regierungen wieder vollkommen hergestellt ist. — Das Gouvernement soll heute sehr befriedigende Nachrichten in Betreff der römischen und türkischen Angelegenheit erhalten haben. Die letztere ist diesen Depeschen zufolge nunmehr definitiv ausgeglichen. Es wird hinzugefügt, daß die französische Flotte auch schon den Befehl erhalten habe, nach Toulon zurück zu kehren. — Was Rom anbelangt, so melden die Depeschen, daß der Papst nun wirklich auf dem Punkte stehe, nach seiner Hauptstadt zurückzukehren, und will man wissen, daß die Expeditions-Armee alsbald auch zurückberufen werden würde. — Mamiani, der frühere Minister in Rom, und Manin, der frühere Direktor in Venedig, sind in Sardinien zu Deputirten gewählt worden. Die Piemontesen geben auf diese Weise den aus den andern Theilen Italiens verbannten Personen ihre Sympathien am deutlichsten zu erkennen. Ja, der neue sardinische Minister der öffentlichen Bauten, Paleocapa, ist ein venetianischer Verbannter.

Lokales und Provinzielles.

† **Breslau,** 14. Novbr. [Die Bürger-Rettungs-Anstalt.] Der Vorstand dieser seit 12 Jahren segensreich wirkenden Anstalt hat seinen neuesten Jahresbericht veröffentlicht. Die Einnahme beträgt: 15,620 Rthl. 3 Sgr. 7 Pf. Die Ausgabe 14,230 Rthl. 28 Sgr. 3 Pf., folglich blieb am 30. Juni 1849 ein Bestand von 1389 Rthl. 5 Sgr. 4 Pf. Das Vermögen der Anstalt ist seit dem letzten Verwaltungsjahr (1847—48) um 323 Rthl. 18 Sgr. 10 Pf. und seit der Gründung um 5832 Rtl. 6 Sgr. 9 Pf. gewachsen, und beläuft sich gegenwärtig auf 6201 Rthl. 17 Sgr. Zu diesem Vermögen treten noch 6 Darlehne, (z. B. aus der Haupt-Armen-Kasse 5000 Rthl., Kämmerei-Hauptkasse 500 Rthl. &c.), im Betrage von 6587 Rthl. 8 Sgr. 1 Pf., so daß der Unterstützungs-Fond also die Höhe von 12788 Rthl. 25 Sgr. 1 Pf. erreicht. In dem verflossenen Jahre (vom 1. Juli 1848 bis 30. Juni 1849) haben sich 482 Bürger gemeldet, um von der Anstalt Unterstützung zu erhalten. Merkwürdigerweise haben sich diesmal 65 Bittsteller weniger gemeldet als vom 1. Juli 1847 bis 30. Juni 1848, und 34 Bittsteller weniger als vom 1. Juli 1846 bis 30. Juni 1847. Will man die Anzahl der eingehenden Unterstützungs-Gesuche bei der Bürger-Rettungs-Anstalt mit als einen Maßstab gelten lassen (und man wird hiervon sich nicht losmachen können), nach welchem auf die mehr oder minder herrschende Noth unter dem sogenannten kleineren Bürgerstande geschlossen werden kann, so stellt sich das befremdende Resultat aus den oben angeführten Angaben heraus: daß in den ruhigen Jahren 1846 und 1847 bis Anfang 1848 ein größerer Nothstand in dem kleineren Bürgerstande geherrscht haben müsse, als in dem sog. Revolutions-Jahre 1848—49. Der Einwand, daß die im vor. Jahre errichtete Darlehns-Kasse dazu beigetragen habe, die Unterstützungsgesuche bei der Bürger-Rettungs-Anstalt zu vermindern, wird nicht ganz passen, da diese Darlehnskasse schon mehr für den größeren Bürger berechnet ist, wie aus einem Vergleiche der Einrichtung beider Institute hervorgehen dürfte. Die Bürger-Rettungs-Anstalt leiht ohne Pfand, nur gegen Aufstellung eines Bürgen, Summen von 5 bis 50 Thlr. Die Darlehns-Kasse aber gegen Niederlegung eines Pfandes von 50 Thlr. ab bis zu 10,000 Thlr. — Der Nothstand des mittleren Bürgers, der mit den kaufmännischen Kreisen in einer innigeren Berührung steht, mußte natürlich mit der Niederlage der merkantilischen und industriellen Welt, welche durch die Revolutions-Periode unvermeidlich herbeigeführt wurde, Hand in Hand gehen, der niedere Bürgerstand scheint aber

durch die Ereignisse weniger berührt worden zu sein, er ist wenigstens in derselben **Nothdurft** geblieben, als er früher war. Aus alledem scheint aber auch hervorzugehen, daß das Geschrei einer **gewissen** Partei ohne Grund war, welche gegen verfassungsmäßige Rechte und Freiheiten anstürmte und welche für ihre Reaktions-Gelüste stets den **Vorwand** als Schreckbild vorschob: **Der Bürger werde durch die neuen Freiheiten gänzlich ruinirt.** So z. B. war stets das zweite Wort, wenn man der **Bürgerwehr** gedachte, der kleine Bürger werde durch sie an den Bettelstab gebracht. Die oben angegebenen Erfahrungen der Bürger-Rettungs-Anstalt stellen diese Vorwände eben nur als solche, d. h. als „tendenziöse" Erdichtungen, dar, denen vielleicht ein vereinzeltes Faktum zum Scheinbeweise dienen sollte. — Doch wir kehren zu unserem Referate zurück. Von den 482 Unterstützungs-Gesuchen konnten nur 322 berücksichtigt werden, weil die Zurückgewiesenen entweder nach den Statuten der Rettungs-Anstalt oder nach Gründen der Vorsicht nicht befriedigt werden konnten. Es möchte daher wohl der Wunsch beherzigt werden, daß man sich vorher mit den Bedingungen bekannt mache, unter denen Darlehen nur verabfolgt werden können, ehe man den Vorstand mit Bittgesuchen angeht, weil sonst demselben sein schwieriges Amt noch mehr erschwert und er ohne Noth in eine schiefe Stellung zum Bürger gebracht wird. — Da neulich in einer **Audienz bei Sr. Majestät dem Könige** die Frage in Anregung gebracht worden ist, **welche Gewerke** am meisten in Noth seien, so wird hier die spezielle Anführung derer, die Unterstützung erhalten haben, eine nicht uninteressante Beleuchtung der Antworten, welche der allerhöchsten Anfrage gegeben wurden, liefern. Natürlich muß man bei jedem Gewerke auf die Stärke seiner Mitglieder-Zahl Rücksicht nehmen.

Unter den 322 Darlehnsempfängern sind dem Gewerbe nach: 3 Bäcker, 5 Barbirer, 7 Bötticher, 1 Branntweinbrenner, 1 Brauer, 6 **Buchbinder**, 2 Bürstenmacher, 4 Conditoren, 11 Drechsler, 1 Färber, 8 Fleischer, 1 Formstecher, 1 Friseur, 3 Glaser, 3 Goldarbeiter, 9 Gräupner, 1 Gürtler, 1 Gypsformer, 9 Handschuhmacher, 2 Holzarbeiter, 1 Hutmacher, 5 Kammmacher, 3 Klemptner, 8 Korbmacher, 11 Kürschner, 1 Lackirer, 2 Leistenschneider, 11 Lohnfuhrleute, 3 Maler, 1 Maschinenbauer, 1 Maurer, 2 Messerschmiede, 2 Mützenmacher, 3 Nadler, 1 Nagelschmied, 3 Posamentirer, 3 Riemer, 2 Sattler, 4 Schlosser, 6 Schmiede, 48 Schneider, 2 Chokoladenmacher, 67 Schuhmacher, 2 Seiler, 1 Siebmacher, 3 Stellmacher, 4 Strumpfwirker, 1 Tapezirer, 22 Tischler, 1 Töpfer, 4 Uhrmacher, 1 Verfertiger chirurgischer, 1 mechanischer, 4 musikalischer Instrumente, 2 Weißgerber, 1 Wurstmacher, 1 Xylograph und 4 Züchner.

Von Interesse ist noch schließlich die Notiz: daß die Bürger-Rettungs-Anstalt von dem Verein für das Friedrichs-Denkmal die **Flöte Friedrichs des Großen** zum Geschenk erhalten hat, welche sich gegenwärtig in den Händen des geh. Raths Alexander v. **Humboldt** befindet, der sie in würdigen Besitz bringen soll. Derselbe Verein hat der Anstalt eben so den baaren Bestand und den Stempel zu der von ihm geprägten Medaille geschenkt.

---

§ **Breslau**, 14. Novbr. [**Katholischer Central-Verein.**] Herr Wanjura, Studirender der katholischen Theologie hielt den einleitenden Vortrag. Diesem folgte eine Reihe von Mittheilungen, welche meist den Anschluß auswärtiger Vereine zum Gegenstande hatten. Erzpriester Thiel lieferte ein anschauliches Bild des zu Neisse abgehaltenen Provinzialkongresses katholischer Vereine. Dasselbe ist seinen Hauptzügen nach bereits in der gestrigen Nummer d. Bl. enthalten; wir beschränken uns daher darauf, hier den Auszug einer Rede wiederzugeben, welche vom Pfarrer Jander in einer öffentlichen Versammlung des Kongresses gesprochen wurde. Aus welchen Gründen will der Staat die Kirche nicht frei- d. h. losgeben? so lautete das Thema. — Vor allen Dingen verwahrt sich der Redner vor einer falschen Auffassung des Wortes „Staat." Er will darunter nur die vormals allein und gegenwärtig wieder sehr überwiegend herrschende Büreaukratie verstanden wissen. Obige Frage wurde etwa in folgender Weise beantwortet. Der Staat (oder vielmehr die Büreaukratie) wolle die Kirche nicht freigeben: 1) Weil er sie fürchtet. In den Zeiten der politischen Stürme habe man die einflußreiche Macht der Kirche auf die Gemüther erkannt und benutzt, jetzt hegt man die Befürchtung, es möchte die entfesselte Kirche in Zukunft dem Staate eben so gefährlich werden als sie ihm zur Zeit der Noth sich nützlich erwiesen hat. — 2) Weil er sie liebt wie der Bräutigam die Braut, die ihm ein reiches Vermögen mitbringt. Nun habe zwar der Bräutigam das Vermögen bereits aufgezehrt und sei kaum mehr im Stande, seiner Verlobten die schuldigen Interessen zu bezahlen. Dennoch will er die Kirche nicht freigeben in der Hoffnung, sie könnte mit der Zeit durch ihre bekannte Wirthlichkeit wieder einiges Vermögen sammeln, das sich zu einer neuen Säkularisation brauchen ließe. — Endlich ward als dritter Grund der ferneren Knechtung der Kirche die bekannte Herrschsucht des Stockpreußenthums oder der Büreaukratie mit dem Zopf nach hinten — angeführt. Um diese drei Uebelstände beseitigen zu helfen, müsse jeder Katholik sich der strengsten Bürgertugenden befleißigen, dann werde seine Kirche in einem weniger furchtbaren Lichte erscheinen. Es werde aber auch nöthig sein, die finanziellen Rechte der katholischen Kirche dem Staate gegenüber zu wahren, und diesen im Fall einer etwaigen Trennung an seine Schulden zu mahnen. Das Regiersystem der Büreaukratie aber sei mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen. Mit vielem Geschick suchte der Redner diese Gedanken passend einzukleiden und dem Publikum durch allerlei humoristische Wendungen schmackhaft zu machen. Es gelang ihm auch und ein nicht enden wollender Beifall folgte seinen Worten. — So weit das Referat. Es kann nicht der Zweck eines solchen sein, zu untersuchen, in wie weit die oben angeführten Beschuldigungen gegen das preußische Gouvernement gerechtfertigt erscheinen oder auf bloßen Trugschlüssen beruhen.

Kuratus **Welz** bezeichnete als die Hauptaufgabe der Provinzial-Versammlungen den gegenseitigen Austausch der Ideen, so wie die Knüpfung eines immer umfangreicheren und festeren Bandes unter den katholischen Glaubensbrüdern durch persönliche Annäherung. — Der Redner theilte nnn die vorzüglichsten Beschlüsse mit, welche von dem Neisser Kongreß gefaßt wurden. Eine große Zahl von Anträgen blieb insofern unerledigt, als nach dem Beschlusse der Versammlung keine Abstimmung über dieselben erfolgte. Dahin gehört namentlich die Organisationsfrage. Es waren Vorschläge eingegangen, daß in jedem Kreise wenigstens vierteljährlich die katholischen Bewohner sich abwechselnd an einem oder dem andern Orte zusammenfinden möchten, um über die Interessen ihrer Kirche zu berathschlagen. Eben so sollten nach den kirchlichen Verrichtungen der Ablaß- und Firmeltage allgemeine Katholiken-Versammlungen zu dem gedachten Zwecke veranstaltet werden. Der Kongreß empfahl diese Anträge den einzelnen Kreisvereinen, glaubte jedoch, der Beschlußnahme über dieselben sich enthalten zu müssen. — Auch zur Wahrung der Paritäts-Rechte derjenigen Katholiken, die sich in denselben verletzt sehen, sollten die nöthigen Schritte gethan werden. Es ward zugegeben, daß solche Verletzungen häufig stattfinden, man begnügte sich jedoch, den Wunsch auszusprechen, es mögen authentische Beweisstücke für dergleichen Fälle gesammelt und aufbewahrt werden, um seiner Zeit davon Gebrauch zu machen. — Am Schlusse seines Vortrages verlas der Redner eine Adresse an den hiesigen Fürstbischof, die vom Kongresse angenommen und bereits am vergangenen Sonntag überreicht wurde. Kanonikus **Baltzer** zeigt an, daß er durch Amtsgeschäfte verhindert war, den Verhandlungen des Neisser Kongresses beizuwohnen. Zugleich theilt derselbe die ihm zugekommene briefliche Mittheilung über die neueste Abstimmung der 2. Kammer mit. Der Redner findet in den gefaßten Beschlüssen den von den hiesigen Katholiken erlassenen Protest gegen die Beschlüsse der 1. Kammer wenigstens theilweise berücksichtigt. So habe man die Worte des Art. 11 gestrichen, welche die Religionslosigkeit legalisiren würden. Durch die Annahme des **Viebahn**'schen Amendements sei den Katholiken die Achtung vor ihren Feiertagen auch Seitens der Staatsbehörden garantirt. Es werde daher nicht mehr vorkommen, daß an katholischen Feiertagen an Regierungsbauten, wie dies bei der Dombrücke geschehen, gearbeitet werden müßte. In dem gegenwärtigen Auftreten des Ministers v. **Ladenberg** in der 2. Kammer bei den Verhandlungen über die Kirchenfrage will der Redner eine Rechtfertigung für dessen Verfahren in der ersten Kammer erblicken. Anlangend die bischöfliche Denkschrift, so werde und müsse dieselbe die Anerkennung finden, welche sie verdient, ungeachtet der Formfehler, welche vielleicht bei ihrer Veröffentlichung vorgekommen sind. Herr Lic. **Wick** erklärt es für eine grundlose Insinuation, wenn der Kultusminister voraussetzte, die Aeußerung „es stehen Millionen Katholiken hinter der Denkschrift ihrer Bischöfe" — sei wörtlich zu nehmen. Die Katholiken seien weit entfernt, die Religionsfreiheit mit Kanonen und Haubitzen erobern zu wollen, denn wäre dies ihre Absicht, so hätten sie sich zur Zeit der Revolution den Demokraten angeschlossen. Das haben sie aber nicht gethan und werden auch nimmermehr sich dazu bereit finden lassen. Werde man aber die 7 Millionen Katholiken in die Opposition drängen, dann — — hier unterbrach den Redner ein ungeheurer Beifallssturm. Hierauf ermahnte er mit Hinweisung auf die nahe bevorstehende Kälte des Winters zur **Wohlthätigkeitspflege**. Aus einer Fülle von Fragen, die sich im **Fragekasten** vorgefunden hatten, wurden vom Vorstande zwei als vor die Oeffentlichkeit gehörig ausersehen. Nur eine derselben fand gestern ihre Erledigung. „Ist die Vertreibung der Jesuiten Unglück oder Glück für die katholische Kirche?" — „Ist sie das erstere, warum hat der Papst im Verein mit dem Kardinalkollegium darein gewilligt?" -- Herr **Wick** hielt nun eine warme Vertheidigungsrede der Jesuiten, deren Aufgabe nur gewesen sei, dem Umsichgreifen des Protestantismus ein Gegengewicht zu bieten und die Heiden zum Christenthume zu bekehren. Nach Aussage eines protestantischen Geschichtsschreibers, des hiesigen Konsistorialrathes **Menzel**, war es ihnen auch gelungen, zwei Drittel der Katholiken Deutschlands ihrem Glauben zu erhalten und eben so Viele unter den Heiden zu bekehren, als in Deutschland Protestanten wurden. Die ursprüngliche Vertreibung der Jesuiten sei übrigens durch die Intriguen Frankreichs beim Papste Klemens erzielt worden, der jenen Schritt noch auf dem Sterbebette bereuete. In neuster Zeit aber hätten die Jesuiten sich selbst aus Rom verbannt, weil die Demagogen sie als die Anstifter des Aufruhrs und der herrschenden Unzufriedenheit bezeichneten. Nun, da die Rotte der eigentlichen Aufruhrstifter, die Demagogen, besiegt und die Ruhe wieder hergestellt wäre, kehren die Jesuiten in ihre wohlreservirten Besitzthümer zurück und erfreuen sich nach wie vor derjenigen Privilegien, die ihnen von Rechts wegen zukommen.

---

§§ **Breslau**, 14. Novbr. [**Städtische Ressource.**] In der gestrigen Versammlung rief die Frage, ob Sammlungen für politische Flüchtlinge oder deren Angehörige polizeilich untersagt werden können, eine lebhafte Debatte hervor. Der Vorsitzende, Herr Stadtgerichtsrath **Pflücker**, beantwortete dieselbe dahin, daß nach einer veralteten landrechtlichen Bestimmung Jeder, der einem Hochverräther zur Flucht behülflich ist, mit Zuchthausstrafe belegt werde. Von anderer Seite erfolgte der Bescheid, daß Privatsammlungen in keiner Weise verboten werden könnten. Jetzt folgte eine Reihe bescheidener Anfragen, von denen die Mehrzahl ganz unbeantwortet blieb. — Eine anhaltende Diskussion knüpfte sich an die Frage: „ob die Demokratie zum deutschen Reichstag wählen soll?" Herr **Linderer** sprach sich für die Wahlen aus. Er hätte gewünscht, die Demokratie auch in der zweiten Kammer vertreten zu sehen, dann wäre es nicht dahin gekommen, daß selbst die wesentlichsten konstitutionellen Rechte des Volks in Frage gestellt werden. Eine **politische** Partei handle gegen ihr Interesse, wenn sie der aktiven Theilnahme an der Politik sich begebe. Das Nichtwählen aber zeuge nur von einem gewissen Trotz. Dr. **Stein** weist nach, wie für den Fall, daß die Demokraten gewählt hätten, eine abermalige Kammerauflösung bevorstand. Im günstigsten Falle würden die Abgeordneten der Demokratie genöthigt gewesen sein, diejenigen Beschlüsse zu unterstützen, durch welche dem Lande außer einer Anleihe von 21 Millionen noch eine Menge anderer Lasten aufgelegt würden. Nachdem auch die Herren **Hoyoll** und **Pflücker** gegen die Wahl zum Reichstage gesprochen hatten, bemerkte Herr **Friedmann**, daß der Drei-Königs-Bund nicht das Recht habe, einen Reichstag zu berufen. Derselbe könne vielmehr nur auf Grund des vom Bundestage erlassenen Wahlgesetzes vom 7. April v. J. zusammentreten.

P. **Jauer**, 13. November. [**Tagesnachrichten.**] Leider zeigen sich hier wieder einige **Choleraanfälle**, und in dem nahen **Bremberg**, einem sehr tief und feucht liegenden Dorfe, beginnt die Krankheit mit erneuerter Heftigkeit Opfer zu fordern. — In diesen Tagen wurde unsere Stadt durch die **That eines Soldaten** vom hiesigen Landwehr-Bataillon etwas erregt. Derselbe erschoß, wahrscheinlich aus Eifersucht, seine Geliebte im Beisein deren Mutter, verließ dann sogleich das Haus, lud seine Muskete von Neuem und tödtete sich selbst, indem er den Hahn mittelst des Fußes abdrückte. — Leider müssen wir auch berichten, wie in hiesiger Gegend **die öffentliche Sicherheit** immer mehr abnimmt. Ein Spaziergänger wurde neulich auf belebtem Wege gegen Abend von einem Manne angehalten. Glücklicherweise hatte jener Herr eine brennende Cigarre bei sich; er fuhr mit ihr — ob aus Geistesgegenwart oder aus einem natürlichen Triebe, wissen wir nicht — dem Räuber in die Augen und veranlaßte so dessen schleunige Flucht. — In den benachbarten Dörfern mehren sich die nächtlichen Einbrüche; man bemerkt, wie die Diebe mit einer um Vieles gesteigerten Keckheit zu Werke gehen. Die Strenge des Schwurgerichts scheint also nicht eben abschreckend gewirkt zu haben. In der That kann auch der Umstand, daß die Strafe für gemeinen Diebstahl nicht selten der für gewaltsamen gleich gekommen ist, eine Vermehrung der letzteren bewirken. Sie werden in den meisten Fällen die ergiebigeren sein. — Die hiesige **christkatholische Gemeinde** ist jetzt ohne Seelsorger. Der Prediger **Kodym** hat mit Anfang dieses Monats seine Stelle aufgegeben und ist in sein Vaterland Böhmen zurückgekehrt. Nur mit Achtung und Liebe wird man seiner hier stets gedenken. Die letztere Zeit seines Aufenthalts in Schlesien wurde ihm, seiner **eigenen** Aussage nach, vielfach durch Reibungen mit den Ultras auf kirchlichem und staatlichem Gebiet getrübt. Wie man hört, denkt die Gemeinde an Wiederbesetzung des Postens; doch wird sie wohl unterbleiben müssen, da die Mittel sehr beschränkt sind. Man hat nämlich auch hier gesehen, wie viele der angeseheneren und wohlhabenderen Einwohner der Stadt nur so lange der deutschkatholischen Sache anhingen, als sie nicht materielle Opfer von ihnen forderte.

— (**Berlin.**) **Ein erschütterndes Ereigniß** hat sich gestern hier zugetragen. Die Tochter des Hofschlächter B. wollte sich einer kleinen Zahnoperation unterwerfen, und ließ zu diesem Zwecke den Zahnarz Wahlländer, wohnhaft in der Kronenstraße, in das Haus ihrer Eltern rufen. Herr W. wandte ein Betäubungsmittel gegen den Schmerz der Operation in solchem Uebermaße an, daß die Patientin in wenigen Sekunden von einer Lähmung des Gehirns getroffen, ihren Geist aufgab. — Der hier in der **Lotterie** herausgekommene Gewinn von 100,000 Thlr. ist größtentheils ärmeren Leuten zugefallen; Arbeiter auf der Anhaltischen Eisenbahn, Kutscher und Dienstmädchen sind die Gewinner.

---

derselben 15 Sgr., für Jeden der Uebrigen aber nur 10 Sgr. zu zahlen;

2) die Zahlung des Abonnements-Betrages ist für das ganze Jahr 1850 im Voraus zu leisten und wird solche gegen Ertheilung einer Bescheinigung angenommen:
   in der Buchhalterei des Krankenhospitals,
   in der städtischen Instituten-Hauptkasse,
   im Rathhause, und im Bureau der Armen-Direktion im Armenhause.
3) Wenn im Laufe des Jahres ein Wechsel in der Person des abonnirten Dienstboten stattfindet, so tritt der anderweit Angenommene, insofern er derselben Kategorie angehört, an die Stelle des Abgehenden.
4) Das Recht auf freie Kur und Pflege für das Jahr 1850 tritt mit Ablauf der ersten 14 Tage, nach geschehener Zahlung, ein; soll dasselbe also gleich mit Neujahr 1850 eintreten, so muß das Abonnement mindestens 14 Tage vorher erfolgen. Wer erst im Laufe des Jahres 1850 abonnirt, entrichtet gleichwohl den vollen Jahresbeitrag.
5) die Kosten des Transports der Kranken in das Hospital werden von der Hospital-Verwaltung nicht übernommen.
6) Für diejenigen erkrankten Dienstboten, welche nicht abonnirt sind, bleibt die reglementmäßige Kurkosten-Vergütigung zu berichtigen.

Breslau, den 1. November 1849.

Die Direktion des Kranken-Hospitals.

Nachdem sich die Nothwendigkeit herausgestellt hat, Zahl und Namen der wirklichen Mitglieder unserer Gemeine zu ermitteln, fordert das Presbyterium dieselben hiedurch auf, sich bis zum 1. Dezember d. J. in das zu dem Ende täglich von 3 bis 4 Uhr in der Dienstwohnung des Pastor Gillet aufliegende Gemeinebuch einzutragen. Nur Diejenigen, welche dies gethan haben, werden als wirkliche und in Gemeinesachen stimmberechtigte Gemeineglieder betrachtet werden.

Breslau, den 29. September 1849.

Das Presbyterium der Hofkirche.

Adresse der zweiten Provinzial-Versammlung des schlesischen katholischen Vereins an den hochwürdigsten Herrn Fürstbischof von Breslau.

Die Abgeordneten der katholischen Vereine in Schlesien bei der zweiten Provinzialversammlung in Neisse haben folgende Adresse an den hochwürdigsten Herrn Fürstbischof von Breslau beschlossen und unterzeichnet, und ist dieselbe am 11. November c. Sr. fürstbischöflichen Gnaden bereits ehrfurchtsvoll überreicht worden.

„Hochwürdigster Herr Fürstbischof.
Gnädigster Fürst und Herr!

Unsere festeste Ueberzeugung ist es, daß der so bedrohlichen Zerrüttung und Auflösung im Staats- und Familienleben nur dann gesteuert werden könne, wenn ihre wahren Ursachen, die geistige und sittliche Verkümmerung der Gesellschaftsglieder, aufgehoben werden. Diese Aufgabe zu lösen vermag nur die Kirche Gottes, wenn sie frei und ungehemmt die Menschheit aufsuchen, in ihre segensvollen Arme schließen und mit göttlicher Speise erquicken kann. Nicht also bloß Recht und Billigkeit fordern, daß die Staatsgewalten und gesetzgebenden Körperschaften Freiheit und Rechte unserer Kirche anerkennen, sondern es beruht auf dieser Anerkennung sogar das Wohl der ganzen Gesellschaft, welche ohne die göttlichen Segnungen der Kirche elend zu Grunde gehen würde. Als daher im vergangenen Jahre die hochwürdigsten Bischöfe Deutschlands zu Würzburg mit apostolischem Freimuth die Freiheit und die unveräußerlichen Rechte der Kirche reklamirten, da fühlte das katholische Volk Deutschlands sich freudig gehoben, und der allgemeine Einklang konnte auch den Kurzsichtigsten zeigen, daß der hochwürdigste Episcopat wie im Namen Gottes und des Rechts, so aus dem Herzen des gesammten katholischen Deutschlands gesprochen. Wir glaubten nun, die gesetzgebenden Gewalten würden durch die zahlreichen traurigen Erscheinungen der nächsten Vergangenheit und durch das unverkennbare Recht unserer heiligen Kirche bewogen, aufhören, ihr die Lebensadern zu unterbinden, und so ihren heiligenden Einfluß auf die Gesellschaft zu schwächen. Wenn wir nun auch bald erfahren mußten, daß in vielen deutschen Landen die alten Knechtungsgelüste üppig fortwucherten, so gewährte es uns katholischen Bewohnern Preußens doch eine außerordentliche Freude, als wir nach Emanation der preußischen Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848 aus den die Kirche betreffenden Artikeln ersahen, daß Se. Majestät, unser allergnädigster König und Herr, von dessen hochherziger Gesinnung und Gerechtigkeitsliebe wir Katholiken so sprechende Beweise empfangen, die Freiheit und die Rechte unserer Kirche verfassungsmäßig anerkannt hatten. Auf Grund dieser Verfassungs-Artikel haben nunmehr die hochwürdigsten Bischöfe Preußens in ihrer Denkschrift offen und ohne Rückhalt dargelegt, wie Sie die verfassungsmäßige Freiheit und Rechte der Kirche verstehen, und haben gegen alle, den wirklichen Sinn der betreffenden Artikel entstellenden Erläuterungen sich feierlich verwahrt. Diese Denkschrift, welche auch der Name Euer fürstbischöflichen Gnaden ziert, und welche die hochwürdigsten Bischöfe ihrem Klerus mitgetheilt haben, welche aber keineswegs, wie der Minister v. Ladenberg in der ersten Kammer sagte, auf dem Wege des Buchhandels veröffentlicht worden ist, hat in dem katholischen Volke Schlesiens die allgemeinste freudigste Anerkennung gefunden und die Provinzial-Versammlung des katholischen Vereins von Schlesien sieht sich gedrungen, Euer fürstbischöflichen Gnaden im Namen der schlesischen Katholiken tiefgefühltesten Dank auszusprechen für die Hingebung und den Muth, womit Euer fürstbischöfliche Gnaden wie immer so auch hier für die heilige Sache Gottes und der Menschheit eingetreten sind. Mögen Euer fürstbischöflichen Gnaden in unserem tiefgefühlten kindlichen Danke einen Trost und einigen Ersatz finden, — für die Kränkungen finden, — welche durch die betrübenden Aeußerungen des Herrn Cultusministers v. Ladenberg, wie dem Episcopate in Preußen überhaupt, so vorzüglich Euer fürstbischöflichen Gnaden zugefügt worden. Wenn auch die Denkschrift von dem Herrn Minister trotz ihrer von ihm selbst eingestandenen immensen Wirkung auf das Volk, als nicht existirend unter dem Bravo der ersten Kammer erklärt wird; das katholische Volk weiß, daß sie existirt, weiß, daß in ihr die Freiheit und Rechte der heiligen Kirche Ausdruck gefunden, weiß, daß es Pflicht einer konstitutionellen Kammer ist, diese Freiheit und Rechte zu respektiren, weiß, daß es in kirchlichen göttlichen Dingen nicht dem Herrn Cultusminister, sondern seinem Bischofe zu folgen hat. Ja, das katholische Volk weiß und kennt nun den Weg und das Ziel, und sollte auch noch lange zum höchsten Nachtheil einer gesunden Staatsentwickelung selbst seinen gerechten Forderungen nicht Gehör geschenkt werden, es wird nicht aufhören, in engster Gemeinschaft mit Euer fürstbischöflichen Gnaden und dem ganzen Episcopat durch alle gesetzlichen Mittel dahin zu streben, daß man der Kirche Gottes gerecht werde.

Wir schlesischen Katholiken wollen bereitwillig dem leuchtenden Beispiele Euer fürstbischöflichen Gnaden folgen, und indem wir nochmals unsere tiefste Ergebenheit und kindliche Anhänglichkeit Euer fürstbischöflichen Gnaden aussprechen, verharren wir mit der Bitte zu Gott, Er wolle unsern geliebten Oberhirten lange, lange erhalten.

Neisse, den 9. November 1849.

In größter Ehrfurcht
Euer fürstbischöflichen Gnaden
tief gehorsamste
Die erwählten Vertreter der katholischen Vereine Schlesiens.
(Folgen die Unterschriften.)

Musikalisches.

Fräulein **Auguste Knopf**, eine treffliche Sopran-Sängerin, im Besitze eines umfangreichen und wahrhaft sonoren Organes, betrachtet Breslau als die Wiege ihrer ersten künstlerischen Ausbildung; deren weitere Pflege und Förderung sie in Berlin gefunden hat.

Die Beurtheilung ihres jüngsten Auftretens in der Hauptstadt selbst (siehe Berliner Zeitung vom 23. Juli Beilage 2) in dem Saale der königlichen Sing-Akademie und unterstützt von dem Chore derselben, ist für uns eine genügende Empfehlung ihrer künstlerisch gemüthlichen Leistung, welche in der kommenden Woche auch hier alle Gönner der Tonkunst erfreuen wird.

Das zarte Interesse für die jugendliche Künstlerin und ihr Talent wird überdies noch im hohen Grade vermehrt, wenn wir durch eine gleich günstige Berichterstattung der Königsberger Zeitung vom 20. und 21. März erfahren, daß der nie zu lüftende Schleier der Blindheit (Tiefenbach hat es vor 2 Jahren fruchtlos versucht) diese Nachtigall umhüllt, und daß ihr Talent für die anspruchslose Künstlerin die einzige Stütze ihrer Gegenwart und ihrer fernern Zukunft ist.

Theater-Nachricht.

Donnerstag den 15. Nov. 41ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 6ten Male: **„Rosenmüller & Finke“**, oder: **„Abgemacht.“** Lustspiel in 5 Aufzügen von Dr. Carl Töpfer.

Freitag den 16. Novbr. **Zweites Debüt des Frln. Babnigg.** 42ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Martha“**, oder: **„Der Markt zu Richmond.“** Oper in 4 Akten, Musik von Friedr. v. Flotow. — Lady Harriet Durham, Frln. Babnigg.

Verein △ 19. XI. 6. R. △ III.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Amalie mit dem Kunstgärtner Herrn Tegtmayer, zeigen wir Verwandten und Freunden ergebenst an.

Nützen, den 11. Nov. 1849.

F. Jander, Förster.

Als Verlobte empfehlen sich:
Amalie Jander,
Robert Tegtmayer.

Todes-Anzeige.

Den heut in seinem 70. Jahre erfolgten sanften Tod des Hofrath Wilke zeigen wir seinen vielen Freunden, an Stelle jeder besondern Meldung, mit der Bitte an, unserm tiefen Schmerz ihr stilles Beileid zu widmen.

Kottbus, den 13. Nov. 1849.

Die Hinterbliebenen.

Meine **populären physikalisch-chemischen Vorlesungen** finden Dienstag und Donnerstag von 6—7 Uhr im Elisabet-Gymnasium statt. Billets zu der ersten Abtheilung à 1 Rtl. sind in der Buchhandlung der Herren Schuhmann und Kern (Ring Nr. 2) zu haben.

Dr. **Delbrück.**

Ich wohne jetzt:
Heilige Geiststraße Nr. 13.
Dr. Benedict jun.

Eine gebildete Frau offerirt sich als Gesellschafterin oder zur Führung eines Hauswesens. Näheres weiset nach zur weiteren Annahme Wittfrau **Reiche**, Ohlauerstraße Nr. 79, in zwei goldenen Löwen.

Edikal-Vorladung.

Ueber den Nachlaß des zu Wohlau den 6. November 1848 verstorbenen Partikulier Carl Rudolph Römhild, ist auf den Antrag der Benefizial-Erben und der Römhild'schen Vormundschaft heute der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet worden. Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche steht am **17. Dezember d. J.** Vormittags um 9 Uhr vor dem Herrn Kreis-Richter Höppner im Parteien-Zimmer des hiesigen Gerichts an.

Wer sich in diesem Termin nicht meldet, wird aller seiner etwanigen Vorrechte verlustig erklärt, und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.

Wohlau, den 28. August 1849.

Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Gasthof-Verpachtung.

Mit letztem Dezember d. J. geht die Pachtzeit der Restauration im Bade Reinerz zu Ende. Innerhalb dieser ist das alte Restaurations-Gebäude weggenommen, ein neuer Gasthof an dessen Stelle erbaut, der Kursaal neu dekorirt und mit neuen Möbeln versehen worden. Die Kommune beabsichtiget diesen Gasthof und Traiteur-Wirthschaft anderweitig meistbietend zu verpachten und ladet pachtlustige kautionsfähige Pächter freundlichst ein, sich in dem hierzu anberaumten Termine, den **17. Dezember d. J.** Vormittags 10 Uhr, hier im Rathhause einzufinden. Die Pachtbedingungen können am Termine selbst, so wie auch vor demselben zu jeder Zeit im Magistrats-Büreau eingesehen werden und wird nur vorläufig bemerkt, daß wir nicht besonders auf eine hohe Pachtsumme, als vielmehr darauf sehen, einen Pächter zu bekommen, der sein Geschäft zu leisten und ein anständiges Badepublikum zu behandeln versteht.

Reinerz, den 22 Oktober 1849.

Der Magistrat.

Auktions-Anzeige.

Freitag den 16ten d. M., Vorm. 9 Uhr und Nachm. 2 Uhr, sollen in Nr. 15 Ritterplatz mehrere Nachlaßgegenstände, bestehend in Uhren, Porzellan, Gläsern, Betten und Leinenzeug, Kleidungsstücken, Möbeln, Gartenbänken und allerhand Vorrath zum Gebrauch, gegen baare Zahlung versteigert werden.

Breslau, den 11. November 1849.

Hertel, Kommissionsrath.

Auktion. Am 19. Nov., Nachm. 2 Uhr, sollen in Nr. 31 Schweidnitzerstr. (Pfeifferhof)
15 Ballen Hopfen
versteigert werden. **Mannig,** Aukt.-Komm.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die zu der Stammactie Nr. 20368 der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft gehörigen Zins-Coupons Nr. 1 bis 20 pro 1. Januar 1848 bis Ende Dezember 1857 sind nebst den für dieselbe Zeit geltenden Dividendenscheinen Nr. 1 bis 10 dem Besitzer der Aktie abhanden gekommen. Auf Grund des 4ten Nachtrages vom 19. Dezember 1848 zu unserm Gesellschaftsstatute ad § 28 fordern wir daher den etwanigen Inhaber der bezeichneten Coupons und Dividendenscheine hierdurch auf, solche an uns einzusenden oder die etwanigen Rechte auf dieselben geltend zu machen, widrigenfalls ihre gerichtliche Amortisation beantragt werden wird, die nach der allegirten Bestimmung des Statuts erfolgen muß, wenn die gegenwärtige Aufforderung drei Mal in Zwischenräumen von 3 zu 3 Monaten publizirt und die Einlieferung oder Geltendmachung etwaiger Rechte nicht spätestens binnen 3 Monaten nach der letzten Aufforderung bewirkt ist.

Berlin, den 8. August 1849.

Die Direction
der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Holz-Verkauf.

Auf den Hospitalgütern Herrnprotsch und Peiskerwitz sollen die pro 1850 zum Abtriebe kommenden Hölzer, und zwar:

zu **Herrnprotsch**, Kreis Breslau,
Dienstag, den 20. November d. J.,
und zu **Peiskerwitz**, Kreis Neumarkt,
Donnerstag den 22. November d. J.,

im Wege der Licitation, bei einem Drittel baarer Anzahlung, verkauft werden. Die zum Verkauf kommenden Hölzer bestehen in Eichen-, Buchen-, Rüstern- und Linden-Nutz- und Brennholz, desgleichen in Strauchholz. Kauflustige werden eingeladen, sich an gedachten Tagen, Vormittags 9 Uhr, bei den Forstbeamten der Reviere zu melden.

Breslau, den 6. November 1849.

Die Direktion
des Krankenhospitals zu Allerheiligen.

Bekanntmachung.

Ich sehe mich veranlaßt, das betheiligte Publikum davon zu benachrichtigen, daß die von meiner Bekanntmachung vom 3. v. M. angeordneten Verkaufe aus freier Hand der Brennhölzer auf den königlichen Ablagen zu Jeltsch, Lindner Fähre und Stoberau von jetzt ab, in Folge höherer Anordnung nicht ferner stattfinden werden, und statt dessen der frühere Verkauf im Wege des öffentlichen Ausgebots wieder eintreten wird. Die bezüglichen in kurzen Zwischenräumen stattfindenden Termine werden binnen Kurzem von den Revier-Verwaltungen bekannt gemacht werden.

Breslau, den 14. November 1849.

Pfeil.

Ich warne hiermit Jeden, dem Heinrich Gläser auf meinen Namen Geld zu borgen, denn ich bezahle nichts für ihn.

August Gläser,
Büreaudiener auf dem oberschl. Bahnhofe.

Warnung.

Endesunterzeichnete Vormünder warnen hiermit Jedermann, ihrem Kuranden Sigismund Stern irgend etwas zu borgen, indem sie alle seine Bedürfnisse ohne Ausnahme baar bezahlen.

Breslau, den 14. November 1849.

Gebrüder Stern.

Sollte der bekannte Jude P... aus Alt-Sch.....g noch irgend eine böswillige Bemerkung über meine Person machen, so wäre ich genöthigt, demselben in seiner eigenen Behausung eine Lection nach russischer Manier zu geben. **Foerdrung** in Reichenbach.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe können zurückgefordert werden:

Herrn Heinrich in Neuscheitnig,
" Giesel in Strachwitz,
" Gebrüder Friederici,
" Handlungs-Diener Lövy,
" Franz Simmon,
" G. Laube,
" Buchhalter Theinert,
" Baumeister Tieß,
" Rechts-Anwalt Teichmann,
" Novotnick, Tischlermeister,
" Polizei-Kommiss. Pluge,
" Rudolph Weichs,
Madame Weberbauer,
Fräulein Louise Habel,
Frau Musiklehrer Agn. Ludwig,
Frau Baronin v. Buddenbrock,
Maurergeselle Franz Klose in Gr. Mochbern,
" Carl Puscheck,
Herrn Lieutenant und Forstkondukteur Weise.

Breslau, den 14. November 1849.

Stadt-Post-Expedition.

Einem geschickten **Lithograph**, in Feder und Gravirmanier, weiset sofort eine dauernde Stelle nach, die Steindruckerei von G. A. Schulz in Liegnitz. Anfragen werden franco erbeten.

Ein **Commis**, welcher bereits 10 Jahre im Material- und Weingeschäft gearbeitet, die besten Zeugnisse besitzt, einfache und doppelte Buchhaltung zu führen versteht, sucht zu Neujahr ein anderweitiges Engagement. Näheres bei **E. Leubuscher**, Grenzhausgasse Nr. 4.

Eine vorzügliche Wirthschafterin in den besten Jahren wünscht eine Kondition bei guter Behandlung. Näheres beim Ober-Amtm. Aßmann, Breslau, Mehlgasse Nr. 34.

1000 Rthlr. baares Geld

(jedoch gegen eine zu stellende Sicherheit) ist ein junger Mann, welcher so eben als Feldwebel seine Dienstzeit vollendete, und vorzügliche Atteste seiner Brauchbarkeit aufzuweisen hat, als Kaution zu stellen bereit, gegen Anvertrauung eines seinen Kenntnissen (als z. B. Rechnungsführer, Faktor, Magazin-Verwalter rc.) angemessenen Posten, den derselbe sofort anzutreten bereit ist.

Auskunft wird gefälligst ertheilt: Kupferschmiedestr. Nr. 11, 2 Stiegen.

Ein gutes Billard, Tische und Stühle von Kirschbaum- oder Birkenholz, gut erhalten, werden zur Einrichtung eines Gasthofes zu kaufen gewünscht. Verkäufer solcher Gegenstände werden ersucht, Bischofsstraße im Destillationsgewölbe neben Hotel de Silesie ihre Offerten anzumelden.

Zwei Teppiche,
wovon der eine $13\frac{1}{2}$ Ellen lang, $6\frac{3}{4}$ Ellen breit und der andere $7\frac{1}{2}$ Ellen lang, $6\frac{1}{4}$ Elle breit, sind zu verkaufen im Anfrage- u. Adreß-Büreau im alten Rathhause.

Zu verkaufen
sind 1 aufrechtstehender Flügel mit 7 und 1 gewöhnlicher mit 6 Octaven, und 1 Drehorgel, Kupferschmiede-Straße Nr. 24 im Gewölbe. Daselbst ist auch rother Ungar-Wein, à Fl. 10 Sgr., zu haben.

Eicheln
die ganz gesund und von diesjähriger Ernte sind, werden gekauft
Karlsstraße Nr. 10 im Comptoir.

Eine Drehmangel
steht Gartenstraße Nr. 9 zum Verkauf.
Otto Peter, Tischlermeister.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Professor Pott aus Oldenburg. Fürst v. Lubomierski aus Galizien. Kammerherr von Seidlitz a. Pilgramsdorf. Gutsbesitzer Graf von Schweinitz aus Eulau. Partikulier Treutler a. Waldenburg. Partikulier Kramsta aus Freiburg. Fräulein Berger a. Berlin. Kaufmann Bertram aus Sheffield. Kaufmann Dallhoff aus Stettin. Kaufmann Cohn aus Liegnitz.

13 u. 14 Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"8,70'''	27"8,69'''	27"7,76'''
Thermometer	+ 4,8	+ 2,3	+ 6,3
Windrichtung	NW	SSW	N
Luftkreis	heiter	halbheiter	überw.

Auktionen in Breslau.

Den 15. Nov. Nachmittag 2 Uhr: Neue Junkernstr. 7, Möbel, Betten rc.
Den 16. Nov. Vor- und Nachmitt.: Ritterplatz 15, Nachlaß-Sachen.

Börsenberichte.

Paris, 11. November. 3% — — 5% 89. 05.

Berlin, 13. November. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner $3\frac{1}{2}$% $94\frac{1}{2}$ Gl. Krakau-Oberschlesische 4% $69\frac{3}{4}$ à 70 bez., Prior. 4% — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $53\frac{1}{4}$ à $\frac{1}{2}$ bez. und Gl. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% $83\frac{1}{4}$ bez., Prior. 4% $93\frac{1}{2}$ Gl., Prior. 5% $102\frac{1}{2}$ Gl., Ser. III. 5% $101\frac{1}{2}$ Gl. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — — Prior. 5% — — Oberschlesische Litt. A. $3\frac{1}{2}$% 107 bez., Litt. B. $103\frac{3}{4}$ Gl. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% $106\frac{1}{2}$ Br., 106 Gld. Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% $89\frac{1}{4}$ Br., $88\frac{3}{4}$ Gld. Seehandlungs-Prämien-Scheine 102 Br. Posener Pfandbriefe 4% — — $3\frac{1}{2}$% $89\frac{5}{8}$ Gl. Preußische Bank-Antheile $95\frac{3}{4}$ Br., $94\frac{3}{4}$ Gl. Polnische Pfandbriefe alte 4% $96\frac{1}{4}$ Br., neue 4% $95\frac{3}{4}$ Br. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. $81\frac{1}{2}$ Br., $80\frac{1}{2}$ Gl., à 300 Fl. — —

Die Kourse waren heute fast durchweg höher und sind Magdeburg-Wittenberger durch Ankäufe wieder 3% besser wie gestern. Der Umsatz war im Allgemeinen unbedeutend.

Wien, 13. November. Das meiste Geschäft war in Nordbahn-Aktien, worin Deckungen stattfanden, und welche bis $108\frac{7}{8}$ gemacht wurden. Mailänder und Pesther flauer. In Fonds wenig Geschäft und Veränderung. Loose von 1834 wieder höher bezahlt und fehlend. Von Devisen waren türkische beliebt; für alle übrigen, mit Ausnahme der italienischen, sowie für Comptanten mehr Frage. $2\frac{1}{4}$ Uhr. 5% Metal. $94\frac{1}{8}$ bis $\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$% 84 bis $84\frac{1}{8}$; Nordbahn $108\frac{1}{8}$ bis $\frac{1}{4}$.

Breslau, 14. November. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $95\frac{1}{2}$ Gl. Kaiserliche Dukaten $95\frac{1}{2}$ Gl. Friedrichsd'or $113\frac{1}{2}$ Br. Louisd'or $112\frac{7}{12}$ Br. Polnisches Courant 96 Gld. Oesterreichische Banknoten 95 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine $101\frac{1}{2}$ Gl. Freiwillige Preußische Anleihe 106 Gld. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% $89\frac{1}{4}$ Br. Breslauer Stadt-Obligationen $3\frac{1}{2}$% $96\frac{3}{4}$ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% $99\frac{3}{4}$ Gld., neue $3\frac{1}{2}$% $90\frac{1}{4}$ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% $95\frac{1}{6}$ Br., Litt. B. 4% 99 Br., $3\frac{1}{2}$% 93 Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 95 Gld. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. $81\frac{1}{2}$ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% $77\frac{3}{4}$ Br., Priorität 4% 84 Br. Oberschlesische Litt. A. $106\frac{1}{2}$ Gl., Litt. B. $103\frac{1}{2}$ Gl. Krakau-Oberschlesische $69\frac{5}{6}$ Gl. Niederschlesisch-Märkische $83\frac{1}{2}$ Gld., Priorität 5% — — Serie III. — — Neisse-Brieger $41\frac{2}{3}$ Br. Köln-Mindener 94 Gld., Priorität $102\frac{11}{12}$ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $53\frac{1}{2}$ Br. —

Getreide-, Oel- und Zink-Preise in Breslau, den 14. November.

Weizen, weißer 55, 49, 41 Sgr.; gelber 51, 45, 37 Sgr. Roggen $27\frac{1}{2}$, 26, 24 Sgr. Gerste 24, 22, 20 Sgr. Hafer $17\frac{1}{2}$, $16\frac{1}{2}$, $15\frac{1}{2}$ Sgr. Rother Kleesaamen 10 bis 14 Thlr.; weißer 6 bis 14 Thlr. Spiritus 6 Thlr. Gl. Rohes Rüböl 15 Thlr. Br. Zink loco $4\frac{2}{3}$ Thlr. bez. u. Br. Rapps 111, 108, 106 Sgr. Rübsen 94, 91, 88 Sgr.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.